

INFOPERU Nr. 66

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

29.12.2019

Inhaltsverzeichnis:

[1. Editorial](#)

[2. Das Jahr 2019 in 10 Blitzlichtern](#)

[3. Mas de lo Mismo ? Nichts Neues unter der Sonne ?](#)

[4. Zum Fischen an den Azupizu](#)

[5. Eine Herausforderung für ein machistisches Land wie Peru](#)

[6. Öffentlich-Private Partnerschaften: kann das gut gehen ?](#)

[7. Auch Wasser kann man säen](#)

[8. Kurz gemeldet](#)

[9. Amazonas-Indigene organisieren sich](#)

[10. Soll ich etwa gegen meinen Busfahrer protestieren ?](#)

[11. Fair einkaufen, aber wie ?](#)

[12. „Aus der Komfort-Zone ausbrechen“](#)

[13. Bewerbungsschluss 7. Februar: weltwärts-Freiwilligendienst](#)

[14. Veranstaltungen](#)

1. Editorial InfoPeru No 66

Liebe Leserinnen und Leser,

zwischen den Jahren kommt die letzte Ausgabe des InfoPeru für dieses Jahr – vielleicht haben Sie jetzt ja mehr Zeit und Muße für die Lektüre als sonst?

Wie es sich zum Jahresende gehört, haben wir einen kleinen Rückblick auf zehn wichtige Ereignisse in diesem Jahr zusammengestellt. Neu in dieser Ausgabe ist unsere Rubrik „Kurz gemeldet“ mit Kurznachrichten, die Sie hoffentlich interessieren.

An dieser Stelle ein paar Schlaglichter aus der Arbeit der Infostelle im vergangenen Jahr:

Das Peru-Seminar „Soziale Bewegungen in Peru“ und die sich anschließende Vortrags-Rundreise von Rómulo Torres vom Forum Solidaridad Perú in Lima haben viele Anregungen und Impulse für beide Seiten gegeben. Wir danken den Gruppen und Aktiven in den neun Städten, in denen Rómulo zu Vortragsveranstaltungen eingeladen war, an dieser Stelle nochmal sehr herzlich für ihr Engagement und die gute Zusammenarbeit! Rómulo konnte viele Kontakte knüpfen, aus denen weitere Zusammenarbeit und gemeinsame Projekte entstanden sind. So planen wir für 2020 die gemeinsame Herausgabe von Factsheets zum Wasserstraßen-Projekt IIRSA und zum aktuellen Thema erneuerbare Energien.

Das Peru-Seminar ist auf so großes Interesse gestoßen, dass wir zum ersten Mal Anmeldungen ablehnen mussten. Neben interessanten inhaltlichen Impulsen und Debatten waren vor allem die intensiven und lebendigen Begegnungen in einer sehr altersgemischten und heterogenen Gruppe für alle eine große Bereicherung.

An dieser Stelle für alle zum Vormerken: Vom 24. bis 26. April 2020 findet das nächste Peru-Seminar statt. Es hat das Thema „Deutsch-peruanische Beziehungen: immer noch ein ungleiches Verhältnis“. Dabei wollen wir die wirtschaftlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Beziehungen näher und kritisch unter die Lupe nehmen. Das genaue Programm gibt es im Februar.

Die Bergbau-Kampagne hat Anfang 2019 vier neue, gut recherchierte Factsheets herausgegeben, die sehr nachgefragt werden.

Die viel beachtete Amazonas-Synode im Oktober in Rom haben wir zum Anlass für eine Reihe „Reportagen aus dem Regenwald“ im InfoPeru genommen. Hildegard Willer hat hierfür drei Reisen ins Amazonasgebiet unternommen und viele Eindrücke und Erkenntnisse mitgebracht. Alle Reportagen stehen bereits auf unserer Webseite und werden Anfang 2020 auch als pdf-Broschüre zugänglich gemacht werden.

An zwei wichtigen übergreifenden Initiativen hat sich die Infostelle 2019 aktiv beteiligt: Um endlich die Ratifizierung der ILO-Konvention 169 zum Schutz der Rechte indigener Völker durchzusetzen, hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet, in der wir mitarbeiten. Und im September startete die Initiative Lieferkettengesetz, die ein Gesetz durchsetzen will, mit dem deutsche Unternehmen zur Einhaltung der Menschenrechte in ihrer Lieferkette verpflichtet werden sollen. Wir haben im InfoPeru darüber berichtet. Die Petition (mit Link: <https://lieferkettengesetz.de/>) läuft noch bis nächsten Juni.

Neben den beiden bereits bestehenden Klimapartnerschaften München – Asháninka und Köln – Yarinacocha, in denen Mitglieder der Infostelle sehr aktiv mitwirken, hat die

Infostelle eine weitere Klimapartnerschaft angestoßen: Eine Delegation aus der Provinz La Convención in Cusco war im Oktober in Freiburg, um eine mögliche Kooperation in Klimaschutz-Projekten zu sondieren, und stieß dabei auf großes Interesse.

Apropos Klimaschutz: Alle Vorstände der Infostelle waren 2019 in Peru – aus unterschiedlichen Gründen und zu verschiedenen Anlässen. Nicht erst in Zeiten von Fridays for Future müssen wir uns immer kritisch hinterfragen, welche Flüge wirklich nötig und sinnvoll sind. Aber eine Solidaritätsarbeit ohne persönliche Begegnung, Erfahrungen vor Ort und Pflege von Netzwerken ist nun auch nicht möglich. Es wird ein schwieriger Spagat bleiben.

2020 wird die Infostelle 30 Jahre alt! Das wollen wir natürlich angemessen feiern: Auf dem Peru-Seminar am 25. April mit Fiesta, Rückblicken, Tanz und Pisco Sour, und zusätzlich am 10. Juli mit unseren Kooperationspartner*innen und Freund*innen in Freiburg. Dazu laden wir an dieser Stelle schon einmal ganz herzlich ein!

Ich wünsche Ihnen ein Frohes, Gesundes, Bewegtes Jahr 2020.

Annette Brox

Geschäftsführerin Infostelle Peru

2. Das Jahr 2019 in Peru in 10 Blitzlichtern.

- **Ein Befreiungstheologe wird Erzbischof von Lima**

Am 25. Januar gab Papst Franziskus bekannt, dass der Befreiungstheologe Carlos Castillo neuer Erzbischof von Lima wird und damit den Opus-Dei-Kardinal Juan Carlos Cipriani ablösen wird. Mit dieser Ernennung ging die über 20-jährige Machtstellung des rechtskatholischen Opus Dei und anderer rechtskatholischer Gruppierungen (z.Bsp. Sodalicio) innerhalb der katholischen Kirche Perus endgültig zu Ende.

- **Ein Ex-Präsident bringt sich um**

Als die Polizei am 17. April mit einem Haftbefehl vor der Türe des zweimaligen Ex-Präsidenten Alan Garcia stand, ging dieser in sein Schlafzimmer, holte den Revolver aus dem Schrank und schoss sich eine Kugel in den Kopf. Er wollte die Schmach, in der Öffentlichkeit mit Handschellen abgeführt zu werden, nicht erleiden. Alan Garca war zweimal Präsident Perus gewesen, galt als überaus korrupt, war aber immer so gut vernetzt in der Justiz, dass er deswegen nie vor Gericht gestellt worden war. Mit dem Odebrecht-Skandal hätte sich sein Schicksal nun gewendet. Das Gefängnis stand ihm bevor. Er zog den Tod vor.

Ein Jahr später ist seine Partei, die APRA, in der Bedeutungslosigkeit verschwunden. Und Alan Garcia geistert als Untoter durch Peru. Die meisten Peruaner sind nicht vom Glauben

abzubringen, dass Alan Garcia seinen Tod nur vorgetäuscht habe und wieder einmal davon gekommen sei.

- **U-Haft für korrupte Politiker*innen**

Der Odebrecht-Korruptions-Skandal zeigt seine Auswirkungen in ganz Südamerika. Kaum ein Land, eine Regierung, die nicht vom brasilianischen Baukonzern geschmiert worden war. Peru war für Odebrecht ein besonders lukratives Terrain, waren doch die Staatskassen gefüllt und der Bedarf an Infrastruktur riesig. Welche peruanischen Politiker*innen im Gegenzug für öffentliche Aufträge wieviel Schmiergeld bekamen, erregt seit Jahr und Tag die Öffentlichkeit. Neu ist, dass die so beschuldigten Politiker*innen in Peru inzwischen im Gefängnis sitzen. Den Anfang machten Ex-Präsident Humala und seine Frau Nadine Heredia, inzwischen wieder auf freiem Fuss. Ex-Präsident Kuczynski sitzt seit April seine 36-monatige U-Haft im Hausarrest ab. Ex-Bürgermeisterin Susana Villaran ist seit Mai Insassin des Frauengefängnisses in Chorrillo. Ex – Präsident Alejandro Toledo sitzt seit 16. Juli in Auslieferungshaft in den USA. Oppositionsführerin Keiko Fujimori kam im November nach über einjähriger U-Haft – vorerst – frei. Kein Wunder, dass die Nachbarländer neidisch auf Peru schauen, wo, in ihrer Wahrnehmung, hart gegen die Korrupten vorgegangen wird.

- **Panamerikanische Spiele werden ein voller Erfolg**

Vom 26. Juli bis 11. August fanden in Lima erstmals die Panamerikanischen Spiele statt, das nach den Olympischen Spielen wichtigste Sportereignis auf dem Kontinent. Im Vorfeld war noch befürchtet worden, dass die eigens gebauten Stadien und Unterkünfte für die Athlet*innen nicht rechtzeitig fertig würden. Doch die Panamerikanischen Spiele liefen wie am Schnürchen ab und bescherten Peru wenn schon nicht den Medaillenrekord, so doch eine gute internationale Presse. Die Peruaner nahmen dafür, und für das Auftakt- und Schlusspektakel auch in Kauf, dass der Staat für die Spiele über 1 Milliarde US-Dollar ausgegeben hat.

- **Der politisch-religiöse Fundamentalismus auf dem Vormarsch**

Konservativ denkende, fundamentalistisch ausgerichtete Menschen gab es in Peru schon immer. Neu ist, dass diese evangelikalen und rechtskatholischen Kreise ihre Positionen offensiv politisch einbringen: sei es mit Protestmärschen, Strassenaktionen oder mit der Delegation offen fundamentalistischer Politiker*innen, vor allem in der Fujimori-Fraktion. Unter dem Motto „Leg dich nicht mit meinen Kindern“ an, haben sich diese Gruppen den Kampf gegen das Gender-Mainstreaming in Schulbüchern und gegen den schulischen Sexualkundeunterricht auf die Fahnen geschrieben. Laut Umfragen machen diese fundamentalistischen Kreise nur rund 15% der Bevölkerung aus, sie können bei Protesten aber viele Menschen mobilisieren.

- **Menschen protestieren gegen Bergbau**

Seit nunmehr zwei Jahrzehnten beschäftigt das „Pro und Contra Bergbau“ die peruanische Öffentlichkeit. Während die Zentralregierung auf die Durchführung grosser Bergbauprojekte drängt, protestiert die lokale Bevölkerung. Im Jahr 2019 tat sie dies besonders im Departament Arequipa gegen das Kupferabbauprojekt Tia Maria, der mexikanischen Firma Southern Peru Copper.

- **Präsident Vizcarra löst das Parlament auf**

Das politisch bedeutsamste Ereignis war ohne Zweifel, dass Präsident Vizcarra nach zweimal abgelehnter Vertrauensfrage am 30. September den Kongress auflöste und Neuwahlen für den 26. Januar 2020 ausrief. Notwendig wurde dieser Schritt, weil das von der oppositionellen Fujimori-Partei dominierte Parlament jegliche Reformbemühungen der Regierung zunichte machte. Vizcarra erhielt von der Bevölkerung grosse Zustimmung zu diesem Akt, der normalerweise Diktatoren zugeschrieben wird.

Zur gleichen Zeit, als Vizcarra das Parlament auflöste, protestierten die Menschen in Ecuador, Bolivien, Chile gegen ihre Regierungen. In Peru sind viele der Meinung, dass die Parlamentsauflösung die Entrüstung und den Frust vieler Peruaner*innen kanalisierte und somit grössere Proteste, wie in den Nachbarländern, verhinderte.

- **50 Jahre danach – Agrarreform wird Thema**

Das wohl bedeutendste politische Ereignis im Peru des 20. Jahrhunderts war die Agrarreform, die 1969 eine linke Militärregierung unter General Velasco durchführte. Grosse Ländereien wurden enteignet und in Genossenschaften übergeführt, feudale Strukturen abgeschafft. Auch wenn die Genossenschaften schon bald zusammenbrachen: ohne diese Agrarreform wäre das heutige Peru noch kolonialer und feudaler, als es heute noch ist. Deswegen ist es bemerkenswert, dass in der öffentlichen Diskussion ein Schleier des Schweigens über dieser Agrarreform lag. Dieses Schweigen zerriss ein peruanischer Dokumentarfilm über die Agrarreform „La revolucion y la tierra“. Der Film des jungen Filmemachers Gonzalo Benavente, eine Collage von filmischen Zeitzeugnissen, wurde im Oktober 2019 zum Zuschauerhit mit über 50 000 verkauften Eintrittskarten .

- **Venezolaner zwischen Willkommen und Anfeindung**

Nach Kolumbien ist Peru das Land, das die meisten venezolanischen Flüchtlinge aufgenommen hat. Über 800 000 sind es bisher, die meisten von ihnen leben in der Hauptstadt Lima. Waren sie zu Beginn der Fluchtwelle sehr willkommen, hat in diesem Jahr die Abneigung und sogar der unverhohlene Fremdenhass gegen Venezolaner zugenommen. Bei einer Umfrage des Instituto de Estudios Peruanos im Juni diesen Jahres gaben 73% der Befragten an, dass sie gegen das Kommen der Venezolaner seien. 32% sagten, sie kannten jemanden, der von einem Venezolaner an seinem Arbeitsplatz verdrängt worden sei.

Andererseits stellte eine Studie der Bank BBVA fest, dass die Migration das Wirtschaftswachstum in Peru gefördert habe. 1 (2018) bis 0,5 (2019) Prozentpunkte des peruanischen Bruttoinlandsproduktes liessen sich auf die Zuwanderung der Venezolaner zurückführen.

- **Prekäre Arbeitsverhältnisse: zwei Arbeiter sterben im McDonald**

Wenige Tage vor Weihnachten starben der 19-jährige Gabriel Zapata und die 18-jährige Alexandra Porras an einem Stromschlag in einem McDonalds-Restaurant mitten an einer Hauptverkehrsstrasse in Pueblo Libre, Lima. Wie nachherige Untersuchungen ergaben, hatten die jungen Arbeiter keine Schutzkleidung; ein Getränkeautomat war unter Strom gestanden und war nicht rechtzeitig repariert worden. Der tragische Tod der beiden jungen Angestellten von McDonalds zeigte wieder einmal die überaus prekären Arbeitsbedingungen, unter denen gerade junge Peruaner leiden, sowie die mangelnde Aufsicht durch die zuständigen Behörden. Diese Arbeitsbedingungen herrschen eben nicht nur in informellen Läden, sondern auch bei einem multinationalen Unternehmen wie McDonalds in Peru.

Hildegard Willer

3. Mas de lo Mismo? Nichts Neues unter der Sonne?

Die außerordentlichen peruanischen Parlamentswahlen 2020. Was auf dem Spiel steht, wer unter welchem Namen antritt, und mit welchen Aussichten. Eine Analyse von Andreas Baumgart.

Am Sonntag den 26. Januar 2020 finden die außerordentlichen Wahlen "Elecciones Congresales Extraordinarias 2020" zur Neubesetzung des peruanischen Parlaments statt. Die Wahlen wurden anberaumt, nachdem Präsident Vizcarra am 30. September 2019 die Reißleine gezogen hatte und das Parlament auf Basis seiner verfassungsmäßigen Befugnis aufgelöst hatte. Damit wollte er den zermürbenden Machtspielen, der Deckung korrupter Richter und Abgeordneter sowie der Sabotage und Modifizierung von Gesetzesinitiativen seiner Regierung durch die fujimoristische Mehrheitsfraktion Fuerza Popular im Bündnis mit der Fraktion der APRA endgültig ein Ende setzen. Vizcarras Angebot im Juli 2019, vorgezogene Neuwahlen abzuhalten, hatten die Fujiapristas damals abgelehnt und es vorgezogen, ihre parlamentarische Zermürbungspolitik ohne Neuwahlen fortzusetzen.

Der Präsident löst das Parlament auf und alle finden es toll

Die Schließung des Parlaments wurde von 84% der peruanischen Bevölkerung begrüßt und es kam in einigen Stadtteilen und Regionen zu öffentlichen Freudenkundgebungen. Die Popularität Präsident Vizcarras sprang von 40% auf 75%. Lediglich 14% der Bevölkerung stufte ihn als Diktator ein und lehnte die Auflösung des Parlaments als

verfassungswidrig ab, so eine Umfrage des Peruanischen Instituts für Studien (IEP) im Auftrag der Zeitung La República vom 6. Oktober 2019. Einige Abgeordnete bilden noch einen weiterhin tagenden „Ständigen Ausschuss“, der jedoch nicht über legislative Befugnisse verfügt. Er wird durch den vorherigen Parlamentspräsidenten Pedro Oleachea geleitet und seine proportionale Zusammensetzung entspricht der des abgesetzten Parlaments. Der Fujiprismo verfügt über die Mehrheit und Oleachea sieht seine Hauptaufgabe darin, die Regierungspolitik weiterhin zu behindern und möglichst den alten Status Quo wiederherzustellen. Dazu hat er eine Eingabe zur Rücknahme der Parlamentsauflösung beim obersten Verfassungsgericht gemacht, deren Verfassungsmäßigkeit allerdings sehr umstritten ist. Immerhin ist es ihm gelungen, dass sich das Gericht nun damit befasst. Ein klarer Sieg für die Fujipristas. Eine Anhörung in diesem Zuständigkeitsverfahren hat schon stattgefunden. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass das alte Parlament wiedereingesetzt wird. Sollte überhaupt eine Verfassungswidrigkeit festgestellt werden, dann lediglich auf einigen Aspekte der Parlamentsauflösung bezogen. Damit könnte z.B. der Weg geebnet werden, Vizcarra persönlich haftbar zu machen und möglicherweise abzusetzen, ohne dass die Durchführung der Wahlen betroffen wäre. Spätestens im Januar wissen wir mehr.

Davon unberührt laufen die Wahlvorbereitungen auf Hochtouren, da alle formellen Termine sehr knapp getaktet sind und die Parteien in kürzester Zeit Kandidatenlisten zusammenstellen und diese auf ihre Gültigkeit prüfen lassen müssen. Bis zum 27. Dezember kann es noch zu Rücktritten, Änderungen und/oder Streichungen auf den 21 zugelassenen Wahllisten kommen. Dann ist endgültig Schluss und die Listen werden den Wahlämtern zu Verfügung gestellt. Nach der Wahl, sofern nicht vom Verfassungsgericht unterbunden, wird das neue „Interimsparlament“ bis zu den nächsten regulären Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 11. April 2021 amtieren. Damit eine Partei Abgeordnete ins Parlament entsenden kann, muss sie mindestens 5% der gültigen Stimmen auf nationaler Ebene und mindestens 6 Sitze in mehr als einer Wahlregion erringen. Das nach dem Referendum von 2018 eingeführte neue Wahlrecht sieht vor, dass Parteien, die diese Hürde nicht überwinden, ihren Parteistatus verlieren und nicht mehr an den nächsten Wahlen teilnehmen dürfen. Da es sich bei den Wahlen im Januar 2020 allerdings um eine Ergänzungswahl und nicht um allgemeine Neuwahlen handelt, löst sich dieses Damoklesschwert für die Parteien erst einmal bis 2021 auf. Zu 2021 wird es dann wieder ernst.

Parteien kalt erwischt

Nur wenige Parteien hatten wirklich daran geglaubt, dass Vizcarra tatsächlich die Auflösung des Parlaments wagen würde. Er galt in dieser Frage als wankelmütig. Nun hat es die Parteien mehr oder weniger kalt erwischt. Es sind die folgenden Faktoren, die die Parteien nun in die Bredouille gebracht haben:

Die knapp getaktete formal rechtliche Vorbereitungsphase für die Wahlbeteiligung;

- die kurze Legislaturperiode von einem Jahr und einigen Monaten;
- die interne Zerstrittenheit der konkurrierenden Partei-Caudillos;
- die desolante Parteiorganisation, die ausgeprägte Klüngel-Kungeleien;
- der praktizierte Autoritarismus im Rahmen fehlender demokratischer Entscheidungsmöglichkeiten und insbesondere
- die nichtexistente kontinuierlich wirkende Mitgliederbasis.

Die traditionellen Parteien aller politischen Richtungen sind in den letzten Jahrzehnten dramatisch geschrumpft. Aus den genannten Gründen lassen und ließen sich aus den „eigenen Reihen“ kaum noch Kandidat*innen rekrutieren, geschweige denn solche, die einigermaßen für eine Abgeordnetentätigkeit qualifiziert wären. Schon bei den letzten Regional- und Kommunalwahlen war deutlich geworden, dass sich mehrheitlich kurzfristig gestrickte Regionalbündnisse und die noch vorhandenen Parteien zumeist mit unzähligen „Gastkandidat*innen“ präsentiert hatten.

Nun hat sich dieser Zustand weiter verschärft. Wer möchte schon als Kandidat*in für lediglich anderthalb Jahre Amtszeit aufgestellt werden, wenn er/sie dafür 2021 nicht mehr nach dem neuen Wahlrecht für eine vollständige Wahlperiode kandidieren darf? So war es ausgesprochen schwierig, überhaupt Kandidat*innen zu finden, die die Parteien oder sich selbst nicht für 2021 „aufheben“ wollten. Auch wenn es durchaus mehrere integre und kompetente Personen unter ihnen gibt, so zeichnen die laufenden medialen Auftritte und Interviews mehrheitlich ein erschreckendes Bild. Das Niveau ist größtenteils erbärmlich. Hinzu kommt, dass sich zahlreiche Abgeordnete des entlassenen Parlaments erneut zur Wahl stellen. Längere Zeit war umstritten, ob dies rechtlich möglich sei. Das oberste Wahlgericht hat jedoch kürzlich die Erlaubnis dazu erteilt.

So findet man auf den Listen ehemalige Abgeordnete, die ausgesprochen umstritten waren und mit zahlreichen Untersuchungen, Untersuchungshaft oder Verurteilungen wegen Korruption in Bälde rechnen müssen. Sie suchen erneut ihr Heil in der parlamentarischen Immunität, die sie bislang schon geschützt hatte. Bislang konnten 74 Kandidat*innen identifiziert werden, die Verfahren wegen Drogenhandel, Terrorismus, Korruption und Geldwäsche anhängig haben (La República 11.12.2019). Laut einer Umfrage geht 60% der Bevölkerung davon aus, dass die Parteien nicht ihre besten Kandidat*innen ins Rennen schicken. Interessant ist eine Untersuchung der Wirtschaftszeitung *Gestión* vom 10.12., die einen hohen Grad an „Kandidatenwanderung“ zwischen den Parteien und Bündnissen offenbart. Nur wenige der derzeitigen Aspirant*innen auf einen Parlamentssitz in Lima sind unbeschriebene Blätter. Es scheint, als sei ihre große Mehrheit schon seit vielen Jahren in der kommunalen, regionalen und nationalen Politik aktiv. Um Chancen zu wahren, „rotieren“ besonders solche Personen, die sich im Amt „verbrannt“ haben, unbeliebt geworden sind oder schlicht Konkurrenten unterlegen waren. Wie oben schon erwähnt, bieten zahlreiche Parteien „Gastkandidaturen“ an, weil ihnen eigene Kader fehlen oder sie keine beliebte „Prominente“ aufweisen können. Hier sei allerdings angemerkt, dass nicht selten dubiose und finstere Gestalten hohe Popularitätswerte erzielen können. Das ist aber bekanntlich kein spezifisch peruanisches Phänomen.

Einige Parteien unter der Lupe

Fuerza Popular

Die von Keiko Fujimori geleitete Partei geht geschwächt ins Rennen. Bis vor wenigen Tagen wurde noch damit gerechnet, dass Keiko während des Wahlkampfs in Untersuchungshaft verweilen würde. Dies, die heftigen internen Auseinandersetzungen um Führungspositionen und das angeschlagene Image haben zu einer starken Absatzbewegung exponierter und prominenter Abgeordneter geführt, darunter *Rosa Bartra*, *Yeni Vilcatoma*, *Carlos Tubino* u.a. Einige von ihnen stehen nun als Spitzenkandidat*innen auf den ersten Listenplätzen anderer Parteien. Mehre politische Analysten wittern dahinter eine Strategie des Fujimorismo, auch bei einem schlechten

Abschneiden von Fuerza Popular wieder ausreichend gleichgesinnte Abgeordnete stellen zu können, nur auf mehrere Parteien verteilt. Andere sehen die Flucht eher als Profilierungsmöglichkeit für neue Karriereperspektiven. Sollten Kandidat*innen gut abschneiden, empfehlen sie sich für eine eigene Präsidentschaftskandidatur für 2021 in ihrer neuen Partei.

Nun hat sich die Konstellation allerdings unerwartet geändert. Der mit dem Fujimorismo eng verbandelte Vorsitzende des obersten Verfassungsgerichts, *Ernesto Blume*, der turnusmäßig Ende des Jahres abgelöst wird, hat Keiko zu Weihnachten noch ein schönes Abschiedsgeschenk gemacht. Mit viel Druck und knapper Mehrheit hat er das Gericht dazu gebracht, dem Habeas Corpus-Antrag stattzugeben und sie aus der Haft zu entlassen. Vorerst ist sie frei und kann sich wieder ungehindert ihrer Partei widmen. Obwohl sie nicht selbst kandidiert, genießt sie nach wie vor einen relativ hohen Popularitätsgrad und könnte durchaus durch Promotion für ihre Kandidat*innen zu beachtlicheren Wahlergebnissen beitragen.

Doch ihre Hilfe könnte auch zum Bumerang werden. Kurz vor ihrer Freilassung haben immer mehr Firmen auf Druck der Antikorruptionsuntersuchungen angefangen, ihre (illegalen) Finanzierungen an Keiko und ihre Partei offenzulegen. Allein der Unternehmensverband Confiep ließ an die zwei Millionen Dollar in bar übergeben! Aufgrund dieser neuen Enthüllungen, die den Odebrecht-Komplex ergänzen, wird am 26. Dezember über eine neuerliche Verhängung von Untersuchungshaft für Keiko verhandelt. Sollte sie erneut in Haft gehen, könnte dies allerdings auch zu einem „Opferbonus“ bei der Wählerschaft führen.

Nach der starken Absetzbewegung musste die Partei vorerst wieder auf den harten Kern der Diktaturanhänger*innen zurückgreifen. Angeführt wird die Wahlliste in Lima von der berühmt-berüchtigten Martha Chávez. Sie war u.a. von 2011-2016 Abgeordnete für Fuerza 2011 (später FP) und war eine glühende Anhängerin des Diktators Fujimori und dessen Geheimdienstchefs Vladimir Montesinos. Im Rahmen einer „Imagekampagne“ von Keiko Fujimori, die darauf abzielte, die Verbindung zu Alberto Fujimori und dessen Diktatur durch neuere Gesichter vergessen zu machen, wurde sie 2016 nicht mehr auf die Kandidatenliste gesetzt. Nun wurde sie wieder ins Boot geholt, zusammen mit anderen „Zurückgedrängten“. Unter diesen Voraussetzungen der Ungewissheit mit Keiko und noch kommenden Enthüllungen ist es nahezu unmöglich, eine gesicherte Prognose über das Abschneiden von Fuerza Popular abzugeben. Man darf nie vergessen, dass die Familie Fujimori nach wie vor auf eine beharrlich treue Wählerschaft zählen kann. Umfragen sehen die Partei momentan auf dem zweiten Platz.

APRA

Der Zustand der APRA, der zweiten Kraft des Fujiaprismo, ist erbarmungswürdig. Nachdem sich der zweimalige Präsident und jahrzehntelange uneingeschränkter Führer der APRA, Alán García, das Leben genommen hatte, um seiner Verhaftung und den anstehenden langwierigen Korruptionsuntersuchungen zu entziehen, brach die große interne Schlammschlacht um die Führung der Partei und nun die vorderen Listenplätze aus. Die Enthüllungen über Alan García häufen sich und drücken die Partei weiter in die Tiefe. Soeben wurde bekannt, dass er den Staatsanwalt, der u.a. dessen Rolle beim Gefängnis-Massaker von El Fronton 1986 untersuchte, mit 25.000 Dollar bestochen hatte, um die Untersuchung (erfolgreich) einstellen zu lassen.

Der Abgeordnete *Mulder* wurde durch die „Politische Kommission“ der Partei gegen den Willen der Basismehrheit auf den ersten Listenplatz gesetzt. Mulder gehört zu den unbeliebtesten Politikern und war einer der Abgeordneten, die mit aller Macht den korrupten ehemaligen Generalstaatsanwalt Chávarry vor parlamentarischer und juristischer Verfolgung geschützt hatten.

Diese Partei ist übrigens nach wie vor Vollmitglied der „Sozialistischen Internationalen“, der u.a. auch die SPD angehört, obwohl schon seit Jahrzehnten deren Verquickung mit organisierter Kriminalität, Korruption (LavaJato) und Drogenmafia bekannt ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die APRA die Fünfprozent-Hürde verfehlen. Umfragen sehen sie derzeit bei 3%.

Unión por el Perú

Unión por el Perú war ursprünglich eine linksliberale Partei, gegründet von *Javier Perez de Cuellar*, der sich aber alsbald daraus zurückzog. 2006 kandidierte *Ollanta Humala* als „Gast“ mit seiner Partei *Partido Nacionalista Peruano* auf einer gemeinsamen Liste. Zwar errang sie die parlamentarische Mehrheit mit 35%, zog aber damals in der Stichwahl zwischen *Humala* und *Alan García* den Kürzeren. Später zerfiel die Partei in mehrere Fraktionen. Für die Parlamentswahlen 2016 ging sie ein Bündnis mit *Solidaridad Nacional* des Bürgermeisters von Lima, *Luis Castañeda Lossio* ein und stellte *Francisco García Guerra* als Präsidentschaftskandidaten auf. Die Liste wurde aufgrund schlechter Umfragewerte im letzten Moment zurückgezogen, aus Angst, die Fünfprozenthürde zu verfehlen und damit die künftige Wahlberechtigung zu verlieren.

Nun versucht die Partei ihr Comeback. Mittlerweile wird einigen ihrer Führungsfiguren, darunter dem zweitplatzierten für Lima, *Jose Alejandro Vega*, eine auffällige Nähe zur Mafia der „Cuellos Blancos del Puerto“ nachgesagt.

Die Partei wäre nicht erwähnenswert, hätte sie nicht versucht, neue Popularität durch die Kandidatur von *Antauro Humala* zu gewinnen. Der jüngere Bruder des ehemaligen Präsidenten Humala erhält in den letzten Jahren zunehmend Zustimmung bei jüngeren ehemaligen Militärs und jungen Erwachsenen in einigen Andenregionen, der Ceja de Selva und Amazonas.

Antauro ist Gründer des *Frente Revolucionario Patriótico*, dem er nun scheinbar den Rücken kehrt. Er büßt eine 19-jährige Haftstrafe wegen seiner Beteiligung am bewaffneten Aufstandsversuch 2005 in Andahuaylas ab, der unter dem Schlagwort „Andahuaylázo“ bekannt geworden ist. Antauro wird wahlweise als „Populist“, „Linkspopulist“, „Linker“, „Nationalrevolutionär“ oder „Faschist“ eingestuft. Zusammen mit seinem Vater Isaac Humala ist er Begründer der politischen Ideologie des „Etnocacerismo“ und imaginiert eine „raza cobriza“ als Basis der peruanischen Gesellschaft. Unbestreitbar ist er autoritär, homophob, frauenfeindlich, antiliberal, ultranationalistisch und erklärter Chile-Hasser. Er betont gerne, dass er eines Tages „aufräumen“ und „alle Korrupten an die Wand“ stellen will.

Ob *Unión por el Perú* mit dem erwartungsgemäß durch das Wahlgericht (JEE) gestrichenen Kandidaten tatsächlich an Popularität gewinnt, bleibt abzuwarten. In bisherigen Umfragen taucht die Partei noch nicht auf. Von *Antauro Humala* wird man allerdings, unabhängig von dieser Wahl, weiter hören. Auch künftige Zusammenschlüsse mit übrig gebliebenen Anhänger*innen der MRTA und Sendero Luminoso sind nicht

auszuschließen. Diese Gruppierungen hat er einmal, positiv gemeint, als die „izquierda macha“ („mannhafte Linke“) bezeichnet.

Solidaridad Nacional (SN)

Die oben schon kurz erwähnte Partei wurde vom ehemaligen Bürgermeister Limas, *Luis Castañeda Lossio*, gegründet. Gegen ihn wird derzeit wegen des Odebrecht/OAS-Skandals und anderer Korruptionsvorwürfe ermittelt und eine baldige Untersuchungshaft ist wahrscheinlich. *Castañeda* soll unter anderem Gelder von Odebrecht für die Kommunalwahlen auf Vermittlung von Alan García erhalten haben.

Solidaridad Nacional entwickelt sich gerade zum Sammelbecken der reaktionärsten Kräfte Perus. Ehemalige Fujimoristas, prominente rechtsradikale Evangelikale, Mitglieder der homophoben, gender- und feminismusfeindlichen Bewegung „Con mis hijos no te metas“ sowie Mitglieder von *provida* und *profamilia* finden hier zusammen. Angeführt wird die Liste für Lima von den abtrünnigen Fujimoristas *Rosa Bartra*, *Yeni Vilcatoma* und *Nelly Cuadros*. Weiter findet man auf der Liste *Mario Bryce*, einen ultrakonservativen Journalisten und TV-Moderatoren von Canal N, *Luciano Revoredo*, wie *Nelly Cuadros* von *provida* und *profamilia*, der gegen den „kulturellen Marxismus“ zu Felde zieht, den konservativen *Luis Solari*, ehemaliger Vorsitzender des Ministerrats und dessen Frau *María del Carmen Moscoso* und nicht zuletzt *Juan José Muñico*, alias „Jota Maelo“, der Anführer des Kollektivs „La Resistencia“, eine Schläger- und Trollgruppe von *Fuerza Popular*, die vermutlich unter dem Oberkommando von *Rosa Bartra* steht.

Solidaridad Nacional könnte tatsächlich die Fünfprozent-Hürde schaffen, wenn es der Partei gelingt, nennenswert Wählerpotenzial von *Fuerza Popular* an sich zu binden und die reaktionären Evangelikalen für sich zu mobilisieren. *Solidaridad Nacional* verfügt über ausgezeichnete Verbindungen in die Wirtschaft. *Solidaridad Nacional* taucht allerdings noch nicht in den Umfragen auf.

Acción Popular

Acción Popular ist die älteste konservative Parteien Perus, einstmals von *Fernando Belaúnde Terry* gegründet. Sie hatte ihr großes Comeback bei den Regional- und Kommunalwahlen von 2018. Sie wurde auf nationaler Ebene stärkste Kraft und stellt derzeit den beliebten Bürgermeister von Lima, *Jorge Muñoz Wells*. *Acción Popular* ist ein mehrheitlich konservatives Sammelbecken mit modernen, kulturell-liberalen Einsprengelungen. In Umfragen liegt die Partei derzeit an erster Stelle.

Partido Morado

Dieser von *Julio Guzmán* gegründeten jungen Partei werden gute Chancen eingeräumt. *Guzmán* war mit der Partei „*Todos por el Perú*“ 2016 von der Beteiligung an den Parlamentswahlen ausgeschlossen worden. *Guzmán* lag in Umfragen weit vorn. Sein damaliger Ausschluss öffnete u.a. die Tore für den raschen Aufstieg des *Frente Amplio* mit *Veronika Mendoza* als dessen Präsidentschaftskandidatin. Im November 2017 hat *Guzmán* die neue Partei gegründet, die sich politisch als „republikanische Mitte“

versteht. Sie strebt einen modernen Staat an, der die Chancen der Individuen verbessert, in Einklang mit gesellschaftlichem Ausgleich. Daher stehen sowohl zivilgesellschaftliches Engagement als auch individuelles Vorankommen im Zentrum der Programmatik. Die Basis ist relativ jung und durch die neu aufkommende Mittelschicht junger Professioneller geprägt. Sie unterstützt u.a. den Genderansatz und tritt für eine Liberalisierung des Abtreibungsrechts ein. Die Anhängerschaft war stets mit großen Blöcken auf den Demonstrationen für die Auflösung des Parlaments präsent. Im Kulturellen gibt es größere Überschneidungen mit den Linken, im Ökonomischen mehr mit liberalen und neoliberalen. Unbelastet vom parlamentarischen Betrieb, wurde seither kontinuierlich am Aufbau gearbeitet, so dass die Partei derzeit über eine vergleichsweise gut organisierte Basis im ganzen Land verfügt. In Umfragen liegt die Partei derzeit an dritter Stelle.

Die Linke: Frente Amplio und das Bündnis Juntos por el Perú / MNP (Movimiento Nuevo Perú)

Nach der Spaltung des *Frente Amplio* 2017 geht die Partei weitestgehend ohne weitere Bündnisse ins Rennen. *Marco Arana*, ihr Vorsitzender, ist derzeit noch Mitglied des „Ständigen Ausschuss“ des Parlaments und wird als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 2021 gehandelt. Auf der Liste des *Frente Amplio* sind so bekannte Persönlichkeiten wie *Carlos Fernández Chacon*, die populäre Poetin, Feministin und politische Aktivistin *Rocío Silva Santisteban* sowie *Arlette Contreras*, eine prominente Feministin und Kämpferin gegen die Gewalt gegen Frauen. *Frente Amplio* hat gemäß ihrem Postulat „que se vayan todos“ (alle sollen gehen) konsequent auf die Aufstellung von bisherigen Parlamentarier*innen verzichtet. Die Partei setzt sich entschieden für eine Verfassungsgebende Versammlung ein und war eine der stärksten Kräfte, die auf die Auflösung des Parlaments hingewirkt haben. *Frente Amplio* wird vermutlich als einzige linke Partei erneut ins Parlament einziehen. Nach Umfragen liegt sie derzeit an fünfter Stelle.

Juntos por el Perú / Movimiento Nuevo Peru

Die vom *Frente Amplio* abgespaltene linke Fraktion *Nuevo Peru* oder *Movimiento Nuevo Peru* unter Führung von *Verónica Mendoza*, musste sich für die Wahlen Bündnispartner suchen, da sie nicht über eine eigene Einschreibung verfügt. Es war MNP im Verlauf des letzten und dieses Jahres nicht gelungen, genügend Unterschriften für eine Einschreibung und damit eigenständigen Kandidatur zu sammeln. Bei den Kommunalwahlen im Jahr 2018 standen ihre Kandidat*innen auf den Listen von *Juntos por el Perú*, der Gruppierung, mit der nun erneut ein Bündnis eingegangen wurde. Die Resultate waren mit ca. 1% ernüchternd.

Für diese Wahl hat die Partei auf eine Erweiterung des Bündnisses gesetzt und gemeinsam mit *Juntos por el Perú* Gespräche über ein Bündnis mit der Partei *Peru Libre* von *Vladimir Cerrón*, ehemaliger Regionalpräsident von Junin, geführt. Der Beschluss der Parteiführung, dieses Bündnis zu konkretisieren, hat die Partei in eine tiefe Krise gestürzt und zum Rückzug einiger der prominentesten Parlamentarier*innen geführt: *Marisa Glave*, *Indira Huilca*, *Tania Pariona*, *Richard Arce* und *Horacio Zeballos* verließen die Partei, neben zahlreichen anderen renommierten und unverzichtbaren altgedienten Mitgliedern. Viele Persönlichkeiten haben einen Protestbrief gegen das Bündnis an die Parteiführung geschrieben, darunter so bekannte und verdiente

Personen wie Francisco Soberón, Mitbegründer der Menschenrechtskoordination Perus. Mit der Bündnisabsicht haben sich die Kräfte, die unbedingt an der Wahl teilnehmen wollten, gegen diejenige durchgesetzt, die statt einer Teilnahme die organisatorische Stärkung der Partei und Gewinnung neuer Mitglieder für die offizielle Anerkennung durch die Wahlbehörde vorantreiben wollten. MNP ist eigentlich eine Partei, die für Genderpolitik, Feminismus und konsequenten Kampf gegen Diskriminierung und Homophobie, sowie für individuelle, plurale Lebensstile und zivilgesellschaftliche Entfaltung steht.

Dagegen ist *Vladimir Cerrón*, ein zum Populisten gewandelter ehemaliger marxistisch-leninistischer Linker, ist immer wieder durch verbale antifeministische und homophobe Verlautbarungen aufgefallen und hat während seiner Amtszeit in der Region Junín aktiv verhindert, dass der Genderstandpunkt, der selbst vom peruanischen Bildungsministerium vertreten wird, in die Schulbücher gelangt. Zudem saß Cerrón, der regional über eine große Anhängerschaft verfügt, eine Gefängnisstrafe wegen Korruption ab. Am 18. Oktober 2019 wurde er auf freien Fuß gesetzt und seine Strafe in ein Bewährungsurteil auf 3 Jahre und 9 Monate umgewandelt. Anstelle von Vladimir Cerrón, der selbst nicht kandidiert, steht sein Bruder *Waldemar José* auf Listenplatz 1 für Junín. Cerróns Partei, die nun alleine bei den Wahlen antritt, ähnelt mehr einem Clan denn einer linken demokratischen Partei. Sie selbst versteht sich allerdings als „Sozialistische Linke“. Auf Listenplatz 1 für Lima steht der wie Antauro höchst umstrittene Vater des Humala-Clans, Isaac Humala. Er wurde vom Wahlgericht gestrichen, kann aber noch Widerspruch einlegen.

Ein Bündnis mit dieser Partei und ihren Kandidaten verstieß in den Augen der Dissidenten von Nuevo Peru gegen wesentliche grundlegende, nicht hintergehbare persönliche Prinzipien und programmatische Aussagen der Partei.

Aus formalen, wahlterminlichen Gründen, kam zwar das Bündnis nicht zustande, der Schaden ist jedoch schon angerichtet. Nuevo Perú wird also gemeinsam mit der Gruppierung „Juntos por el Perú“ (und ohne die Partei Cerróns) an den Wahlen teilnehmen., allerdings mit sehr schlechten Aussichten. Dieses Desaster hat sowohl die tiefen weltanschaulichen Differenzen als auch die verzweifelte Hoffnung auf Wahlergebnisse innerhalb der Partei offenbart. Und obwohl auch Nuevo Peru immer die Parole „que se vayan todos“ unterstützte, setzten sie gleich zwei Abgeordnete aus dem aufgelösten Parlament auf ihre Liste: *Manuel Dammert* und *Alberto Quintanilla*.

Genaugenommen ist auch das Bündnis mit *Juntos por el Peru* problematisch, weil einer seiner bekanntesten Begründer, *Yehude Simon*, in Korruptionsverdacht geraten ist, doch vor allem, weil dort die Parteien der traditionellen marxistisch-leninistischen Linken (ehemals pro UdSSR und pro China), und traditionelle sozialistische und sozialdemokratische Kräfte versammelt sind, die ich lebensweltlich als „konservative Linke“ bezeichnen würde. Gemeinschaft wird immer noch als Gegensatz zur individuellen Entfaltung angesehen. Es gilt mehrheitlich die Unterordnung des Individuums unter Partei und kollektive, imaginierte Identitäten. Der alte Machismo, Caudillismo, Autoritarismus und Antimodernismus prägen die Parteien und die individuellen Haltungen.

Ob sich MNP von dem Konflikt erholen wird, ist noch nicht absehbar. Es wird viel davon abhängen, ob die eingeschlagene Wahlstrategie aufgeht. Damit ist allerdings nicht zu rechnen. In Umfragen ist das Bündnis bisher nicht aufgetaucht.

Weitere Parteien

Weitere Parteien mit Aussichten auf Parlamentssitze sind *Somos Perú*, gegründet vom ehemaligen Bürgermeister Limas Alberto Andrade, *Alianza para el Progreso* von César Acuña Peralta, *Partido Popular Cristiano* und *Todos por el Perú*. Die ehemalige Partei PPK (Peruanos por el Cambio), der letzten und aktuellen Regierung unter *Pedro Pablo Kuczynski* und *Martín Vizcarra*, wurde in „*Contigo*“ umbenannt und hat keine Aussichten auf parlamentarische Sitze. Vizcarra hatte sich schon seit langem von den Abgeordneten der eigenen Fraktion entfernt. Einige ehemalige Fujimoristas kandidieren auf weiteren ultrakonservativen Listen wie *Peru Patria Segura*, die sich ebenfalls in der direkten Nachfolge des Diktators Fujimori sieht und *Vamos Perú*, mit dem Vorsitzenden *Juan Sotomayor*, ehemaliger Bürgermeister von Callao für *Chim Pum Callao*. Er soll mit der „Mafia der weißen Kragen vom Hafen“ verbandelt sein.

Ausblick

Aus mehreren Gründen ist es äußerst schwer, eine nur annähernd stimmige Prognose über die Resultate abzugeben. Zum einen handelt es sich nicht um eine Präsidentschaftswahl. Inwieweit Popularitätsumfragen über mögliche Präsidentschaftskandidaten für die regulären Wahlen 2021 sich auf die Wählergunst für die Abgeordneten auswirken, lässt sich kaum voraussehen. Sicherlich werden viele Bürger*innen für Parlamentarier*innen stimmen, deren Parteien sie nahestehen oder deren Führungspersonlichkeiten sie bevorzugen. Andererseits stehen diesmal ausschließlich die Abgeordneten im Fokus, so dass für die Wählerschaft auch Lieblingskandidat*innen anderer Parteien in Frage kommen. Gegenüber der enorm zersplitterten Rechten wirkt die Linke mit ihren zwei Hauptgruppierungen ziemlich vereint. Dennoch wird sie nicht an die Resultate von 2016 herankommen. Die besten Chancen habe Acción Popular, Fuerza Popular, Partido Morado, Somos Perú, Alianza para el Progreso und Frente Amplio. Dies ist eine Momentaufnahme. Schon häufiger haben sich binnen Wochen die Kräfteverhältnisse geändert und zu unerwarteten Resultaten geführt.

Es fällt auf, dass nur wenige Wochen vor der Wahl 21,6% der Befragten angeben, sie würden ungültig oder weiß wählen und 33,2% noch nicht wissen, für wen sie sich entscheiden werden. (Umfrage von IEP vom 15.12.2019 in La República). Das sind sehr hohe Werte, die u.a. die weit verbreitete Unzufriedenheit mit dem Politbetrieb und die geringe Bindung an Parteien ausdrücken.

Es wäre schon viel gewonnen, wenn Fuerza Popular und die APRA keine gemeinsame Parlamentsmehrheit mehr erringen würden. Andererseits ist damit zu rechnen, dass es insgesamt gesehen doch „más de lo mismo“ („mehr von dem selben“) geben wird.

Ob die neue Konstellation eine gute Ausgangsbasis für eine Kampagne zur Einführung einer Verfassungsgebenden Versammlung sein wird, wie sie die Linke anstrebt, scheint mir ziemlich unwahrscheinlich. Dies könnte nur dann der Fall sein, wenn die Linken und einige der populistischen Regionalbewegungen tatsächlich erstarken und wesentlich mehr Abgeordnete als bisher stellen könnten. Zum anderen hängt dies davon ab, welche Unterstützung Vizcarras Politik aus dem Parlament heraus erfahren wird. Vizcarra ist es durch seine Antikorruptionspolitik und seine modernere, liberale lebensweltliche Haltung bisher gut gelungen, den neoliberalen Wirtschaftskurs weitestgehend aus den öffentlichen Debatten herauszuhalten. Er nutzt geschickt das parlamentarische Vakuum, um mit Hilfe seiner Dekrete gravierende wirtschaftliche Pfeiler einzuschlagen, die verheerende

Auswirkungen auf die Arbeitswelt, Comunidades Campesinas und Indígenas haben. Er möchte in seiner restlichen Amtszeit unbedingt die stagnierende Konjunktur ankurbeln und die Bedingungen zur Ausweitung des Extraktivismus verbessern.

Eine parlamentarische Mehrheit, die sich nicht mehr vorrangig auf den Boykott der Regierung kapriziert, sondern deren neoliberalen Kurs aktiv mitträgt, wäre keine schöne Aussicht für das Land. Nur wenn sich die vorhandenen sozialen und kulturellen Kämpfe massiv ausweiten, könnten sich günstigere Voraussetzungen für die Durchsetzung einer neuen Verfassung einstellen. Gründe dafür gibt es mehr als genug.

Andreas Baumgart

Hamburg 15.12.2019

4. Zum Fischen an den Azupizu

Was einem Holländer das Fahrradfahren, ist für einen Amazonas-Bewohner das Fischen: man findet dort niemanden, der nicht fischen kann. Doch Rodung der Ufervegetation und Überfischung reduzieren die Bestände. Lokale Fischerei-Komitees haben erreicht, dass es im Fluss Azupizu wieder mehr Fische gibt.

Auch der Nebenfluss Azupizu mitten im peruanischen Zentralen Regenwald hat seine Loreley. Sie heisst Pascuala, und die Legende will, dass ein Fischer auf einem Stein eine sich kämmende Frau erkannte. Da sie seiner geliebten, im Fluss ertrunkenen Gattin, eben jener Pascuala, zum Verwechseln ähnlich sah, näherte er sich der Figur. Der Fischer verschwand und ward nie mehr gesehen.

Puerto Pascuala heisst deswegen das Ashaninka-Dorf am Fluss Azupizu, einem Zufluss des Rio Pichis, und die Fischer machen bis heute einen weiten Weg um die berühmte Stelle. Wir befinden uns in der geographischen Mitte Perus. Wenn man auf einer Landkarte Perus mit dem Finger auf Perus Mitte zeigen würde, dann würde man ungefähr in Puerto Pascuala herauskommen. Nämlich im Departament Pasco, Provinz Oxapampa, Distrikt Puerto Bermúdez. Kaum ein Peruaner kennt diese Orte in Zentralperu, obwohl Puerto Bermúdez in einer abenteuerlichen 16-stündigen Busfahrt von der Hauptstadt Lima zu erreichen ist. Um nach Puerto Pascuala zu gelangen, muss man von Puerto Bermúdez nochmals zwei Stunden mit dem Boot weiterfahren. An jenem Sonntag ist der Pichis-Fluss gut befahren. Aus allen Dörfern kommen die Familien vom oder fahren zum Markt nach Puerto Bermúdez. Vor dem Regen schützen sich die meisten mit Plastikplanen, die sie sich über den Kopf stülpen. Und immer wieder treffen wir auf dem Fluss Fischer, die ihre Netze auswerfen oder einbringen.

In Puerto Pascuala wohnt Oswaldo Campos. Der 45-Jährige vom Volk der Asháninka trägt eine Schildmütze, eine beige Trapper-Weste mit der Aufschrift „Komitee zum Schutz der Fischerei auf dem Pichis-Fluss“ und ein breites Lachen auf dem wettergegerbten Gesicht. Sein Haus ist, wie in der Selva üblich, aus Holz, und der zentrale überdachte Wohn- und Essraum ist nach zwei Seiten offen. Neben einem großen Holztisch und zwei Hängematten, steht an der einzigen Holzwand ein Flachbildschirm und ein Lautsprecher.

Darunter hat sich eine brütende Henne verirrt.

In Puerto Pascuala wohnen rund 90 Menschen, 26 Familien. Sie bilden eine „comunidad nativa“, gehören dem Volk der Asháninka an. Alle bebauen ein Stück Land, in Puerto Pascuala vor allem Kakao und Anottosamen, die unter anderem den Farbstoff für Lippenstifte liefern. Was hier – wie in der ganzen Gegend – womöglich auch angebaut wird (und worüber niemand offen spricht), ist Koka für die illegale Kokainherstellung. Kakao- und Aniottoanbbau wird dagegen von der staatlichen Anti-Koka-Behörde Devida gefördert.

Wenn die Arbeit auf dem Feld zu Ende ist, gehen viele Bewohner*innen von Puerto Pascuala auf Fischfang. Einige mehr denn andere. „Ich gehe fast jeden Abend um 17 Uhr und komme erst um 3 Uhr früh zurück“, sagt Oswaldo Campos. Seinen Fang teilt er anschließend mit anderen Dorfbewohner*innen. In den Flüssen des Regenwaldes leben vor allem Wanderfische, die zur Art der Welse gehören („bagres“) und Schuppenfische. Einige von ihnen durchwandern in ihrem Leben das gesamte Amazonas-Becken von den Zuflüssen zum Amazonas in den Anden bis zu seiner Mündung in den Atlantik. Zum Laichen schwimmen sie in der Trockenzeit gegen die Strömung, wieder Richtung Anden. Am besten fängt man die Fische in den sogenannten „Pozas“, vertieften Flusssaubuchtungen. Jede „Poza“ hat ihre „Encantada“, ihre verwunschene Tiefe. In der Mythologie der Amazonas-Bewohner sind sie heilige Stätten, denn dort wohnt die Anaconda, die Urmutter allen Lebens. „Ich habe die Anaconda selber gesehen, sie existiert“, sagt Oswaldo Campos. „Wenn die Anaconda die poza verlässt, dann trocknet diese aus“.

Besonders gefährdet sind die „pozas“, wenn die Flussufervegetation gerodet wird, um beispielsweise Felder anzulegen. „Bis 2011 hat sich niemand darum gekümmert“, sagt Oswaldo Campos. Es waren immer weniger Fische im Fluss. Bis die Region das Fischen mit Dynamit verbot und das Produktions- und Fischereiministerium Produce, mit Hilfe der NGO *Instituto del Bien Común*, die Komitees zum Schutz der Fischerei ins Leben gerufen haben und mit ihnen auch die Ufervegetation wieder aufgebaut haben.

Aber die Rodung der Ufer war nicht das einzige Risiko für die Fische.

Mit Dynamit auf Fischfang

Als William Vela die toten Fische auf dem Fluss schwimmen sah, wusste er, dass wieder Wilderer gekommen waren und mit Dynamit bis zu 50 Fische auf einmal getötet haben. Bis zum Verbot und der Einrichtung der Fischereischutzkomitees kam dies häufig vor. Das Dynamit tötet aber nicht nur die Fische, sondern lässt auch die Fischgründe, die „pozas“, zusammenbrechen. Und wenn nicht mit Dynamit, dann wurden das Gift „Barbasco“ oder größere Netze als üblich eingesetzt, welche bis zum Flussgrund reichten. Die Konsequenzen ließen nicht auf sich warten. „Es waren immer weniger Fische in unseren Gewässern“, erzählt der 39-jährige William Vela. Er wohnt mit seiner Frau und seinen fünf Kindern im Dorf Santa Isidora, direkt am Fluss Azupizu. Seit kurzem ist William Vela auch Großvater. Auf einer Matratze im offenen Hauptgebäude liegt die kleine Enkelin Angelie an der Brust der ältesten Tochter. Fischen ist Teil seines Lebens, seit er als kleiner Junge mit der Reuse Fische für seine Großmutter gefangen hat. „Sie mochte keinen Reis, aß nur Fisch und Yucca“, erinnert sich William.

Auch William Vela ist aktiv im Fischereischutz-Komitee seines Dorfes. Seine

Hauptaufgabe ist es, wildernde Fischer zu vertreiben bzw. zu melden. Dabei musste er das eine oder andere Mal zu einer List greifen. „Einmal sagte ich, dass eine Regenmesslatte des Wetterdienstes eine Kamera habe, die die Wilderer filme. Die Wilderer haben daraufhin das Weite gesucht“.

Seit 2013 existieren die Komitees, die vom Staat und der NGO „Instituto del Bien Común“ unterstützt werden. Seit wenigen Jahren zeigt die langjährige Arbeit Früchte: die Fischpopulation nimmt wieder zu. William Vela ist sowohl Feldbauer als auch Jäger und Fischer. „Wenn ich genug habe von Mais und Yuca, dann gehe ich in den Wald jagen oder eben fischen“, lacht der 39-jährige mit dem Schnurrbärtchen. Alle ein bis zwei Wochen würde er nachts zum Fischen rausfahren.

Wenn er dann zurückkommt mit seinem Fang, holt er ein dickes Buch von der Holzempore, auf der sich das Familienleben abspielt. Gewissenhaft registriert er dort die Fischart, Größe, Gewicht und wo er ihn gefunden hat. Dann holt er ein Handy hervor und ruft die App „Ictio“ auf und gibt die Daten dort nochmal ein. William Vela macht ebenso wie Oswaldo Campos mit bei einem Projekt, welches das *Instituto del Bien Común* unter Leitung der *Wildlife Conservation Society* durchführt: so wie William und Oswaldo geben 209 Fischer im gesamten Amazonas-Becken die Daten über die von ihnen gefangenen Fische in die App ein. Internet hat es in Santa Isidora nicht. Erst im Büro vom Instituto del Bien Común in Puerto Bermúdez können die Daten übertragen werden. Bürgerwissenschaft für den Amazonas nennt sich das Projekt. „Ich möchte, dass unsere Fische geschützt werden, deswegen mache ich beim Projekt mit“, sagt William Vela.

Auch Redina Lopes im Dorf Santa Marta ist Teil des Projektes und tippt ins Handy ein, welchen Fisch sie gefangen hat, wie groß und wie schwer er war. „Seit 5 Jahren mache ich im Komitee mit“, sagt die 32-jährige Mutter von drei Kindern. Wie auch ihr Mann Ezequiel hat sie als Kind fischen gelernt, Ezequiel sogar noch mit einer Harpune. „Alle Familien im Dorf machen im Fischerei-Schutzkomitee mit“, sagt Redina. Zweimal hätten sie Fischwilderer vertrieben, seither würden sich diese nicht mehr blicken lassen.

Seit einer halben Stunde schon puhlt Redina Steinchen, Äste, Laub und sonstiges Gezweig aus den Maschen ihres Fischernetzes, die sich dort beim letzten Fang verfangen haben. Eine langwierige Arbeit. Gut eine Stunde brauche sie, so Redina, um ein Netz nach dem Fischen so zu säubern, dass sie es wieder verwenden könne.

Dies ist mit ein Grund, warum die Menschen am Azupizu heute zwar wieder mehr Fisch haben, aber nicht unbedingt mehr fischen gehen. „Die Menschen an den Flüssen essen heute mehr Hühner, weil sie mehr Ackerbau betreiben, aber auch einfach, weil das Fischen sehr viel mühsamer ist“, sagt Eduardo Castro, der bei der ONG „Instituto del Bien Común“ für das Projekt ProPachitea zuständig ist. Das heißt, um einen Fisch zu essen, muss jemand des nachts rausfahren, stundenlang auf dem Fluss bleiben und hernach erst noch die Netze wieder säubern. Ein Huhn zu züchten ist dagegen sehr viel weniger aufwändig. Und noch rentabler ist es, Koka anzubauen, und mit dem Erlös daraus ein Huhn zu kaufen.

Mariana Varese, die bei der Wildlife Conservation Society WCS das Gesamtprojekt „Bürgerwissenschaft für den Amazonas“ betreut, meint dagegen, dass es von der Region abhängt, wieviel Fisch die Menschen noch essen. Wie so oft in Peru, liegen wenige verlässliche Daten vor, wie hier zum Fischverzehr in Loreto. In Loreto, so Varese, würde jede Person pro Jahr 33,3 kg Fisch konsumieren.

Bürgerwissenschaft – kann das auch am Amazonas funktionieren?

Als das Vogelkundler-Laboratorium der Cornell-Universität in den USA vor 17 Jahren ein Programm zur Erfassung von Vogeldaten entwickelte, wussten sie nicht, wie beliebt diese E-bird-Applikation ein paar Jahre werden würde. Mit der Entwicklung des Smartphones wurde das Programm in 27 Sprachen übersetzt und wird heute weltweit von Hobby-Vogelbeobachtern benutzt, um die Daten beobachteter Vögel einzugeben. In Cornell werden die Daten dann ausgewertet und über die Cloud wieder an die Community zurückgegeben. Über 40 Millionen solcher Einträge (checklists) [vermeldet e-bird weltweit bis heute](#). E-bird ist ein Flugschiff der neuen Bewegung der „Citizen Science“ oder Bürgerwissenschaft, bei der Laien ehrenamtlich Daten für die Wissenschaft sammeln und sich so mit dem Wissenschaftler-Flair schmücken.

E-Bird war das Vorbild für Wildlife Conservation Society – eine Ausgründung des Zoos von New York –, als sie das Projekt „[Bürgerwissenschaft für den Amazonas](#)“ ins Leben riefen. In Anlehnung an E-bird entwickelte das Cornell Lab of Ornithology eine App für Fischer: Ictio. Damit sollen nun Fischer im gesamten Amazonas-Becken von Peru bis Brasilien Daten erfassen über die Fische, die sie fangen. Letztendlich soll das Projekt Aufschluss geben über die Art, Menge und die Migrationsbewegungen von 21 Fischarten im Amazonas. Die gesammelten Daten werden, wie bei E-bird, in Cornell ausgewertet und als freiverfügbare Daten nachher ins Internet gestellt.

Die NGO Instituto del Bien Común, die seit vielen Jahren im zentralperuanischen Regenwald arbeitet, ist ein lokaler Partner in Peru für dieses Wissenschaftler*innen-Netzwerk. Die von uns besuchten Fischer*innen Osvaldo Campos, William Vela und Redina Lopes machen als ehrenamtliche Bürgerwissenschaftler*innen im Projekt mit, in dem sie die Daten liefern.

Aber funktioniert das im Amazonas-Gebiet? Aufgefallen ist, dass die befragten Fischer*innen nicht recht wussten, wofür sie die Daten sammeln. Edgardo Castro vom IBC bestätigt diesen Eindruck „Die Fischer*innen haben keinen direkten Nutzen von ihrer Datensammlung. Aber sie tragen bei zu frei verfügbaren Daten, die später beispielsweise für neue Richtlinien in der regionalen Fischereipolitik benutzt werden können“.

Eine Frage, die immer wieder auftaucht: sollten die Fischer für ihre Arbeit als Wissenschafts-Assistenten bezahlt werden? Diese Forderung wird immer wieder von Fischern laut, sagt Mariana Varese vom WCS. Bisher sei in einer Probephase klar, dass alle ehrenamtlich mitmachen, aber für ein mögliches Folgeprojekt müsste die Frage neu diskutiert werden. „Wir haben die App aber auch so einfach gehalten, dass es wirklich nicht viel Aufwand ist, die Daten einzugeben“, verteidigt Varese ihr Projekt.

Bisher scheint sich keine*r der Beteiligten Gedanken gemacht zu haben, ob eine Bürgerwissenschaft nach westlichem Vorbild auf die komplexe peruanische Gesellschaft übertragbar ist. Denn der Begriff „Bürgerwissenschaft“ setzt ja voraus, dass es Bürger*innen mit gleichen Rechten und Pflichten gibt. Dass dies in Peru immer noch nicht der Fall ist, hat der Bericht der Wahrheitskommission 2003^[1] ganz offiziell bestätigt. Auf dem Papier mögen zwar alle Peruaner*innen gleich sein, aber in Wirklichkeit gibt es Peruaner*innen erster und zweiter Klasse. Die indigenen Bewohner*innen und Fischer*innen des Amazonas-Beckens gehören dabei ganz klar zu den Bürger*innen zweiter Klasse: sie kommen kaum in den Genuss funktionierender staatlicher Einrichtungen, haben keine Erwerbsmöglichkeiten, wenn sie in die Stadt gehen, werden

sie wegen ihrer Hautfarbe oder Sprache diskriminiert. Können sich diese Menschen mehr als Bürger*innen fühlen, wenn sie ehrenamtlich Daten für westliche (nicht einmal peruanische) Universitäten sammeln? Oder fördern sie damit nur ein postkoloniales Muster, das die von nordamerikanischen und europäischen Universitäten dominierte Wissenschaft bis heute prägt?

Und wäre es nicht notwendiger, angesichts der bestehenden wirtschaftlichen Prekarität, die indigenen Hilfswissenschaftler*innen für ihre Tätigkeit zu bezahlen?

Mariana Varese nickt nachdenklich. Die Fragen hat sie sich auch schon gestellt. Aber im Kreis der Naturwissenschaftler*innen steht das Hinterfragen der eigenen Rahmenbedingungen im Lichte des Postkolonialismus, ganz am Anfang.

Hildegard Willer

Diese Reportage entstand dank des Projekts „Amazonas-Reportagen“ finanziert von Caritas International.

5. „Eine Herausforderung für ein machistisches Land wie Peru“

Die peruanische Trans-Aktivistin Miluska Luzquiños erhält den deutsch-französischen Menschenrechtspreis.

Kaum jemand dürfte die Situation der Transsexuellen in Peru besser kennen als Miluska Luzquiños. Die groß gewachsene Anwältin mit dem herzlichen, volltönenden Lachen ist Perus bekannteste Menschenrechts-Aktivistin für die Anerkennung der Rechte transsexueller Menschen.

Miluska ist vor 35 Jahren in Lambayeque als Mann geboren worden und hat am eigenen Leib erlebt, was es bedeutet, in Peru sein Geschlecht zu wechseln: Armut, Prostitution, Obdachlosigkeit. Trotz allem hat sie es geschafft, ihr Jurastudium abzuschließen, und ist „eher aus Zufall“, wie sie in einem [Interview](#) sagte, nicht Richterin geworden, sondern eine Verteidigerin der Anliegen und Rechte transsexueller Menschen. 25 700 Transsexuelle lebten allein in Lima und Callao, sagt sie. Statistiken darüber, wie viele es in ganz Peru sind, existieren nicht.

2017 gründete Miluska Luzquiños ein selbst verwaltetes Haus für transsexuelle Menschen in Lima, die „Casa Zuleimi“, benannt nach einer ermordeten jungen Trans-Frau.

Für ihr Engagement ist Miluska Luzquiños am 10. Dezember 2019 in der französischen Botschaft in Lima mit dem deutsch-französischen Menschenrechtspreis ausgezeichnet worden. „Frau Luzquiños steht für eine Gesellschaft, in der die Gewalt gegen Frauen keinen Platz hat“, würdigte der deutsche Botschafter Stefan Herzberg die Aktivistin.

Seit 2016 vergeben das deutsche und französische Außenministerium diese jährliche

Auszeichnung an 15 Personen weltweit, die sich für die Umsetzung der Menschenrechte stark machen. Die jeweiligen Botschaften machen hierfür Vorschläge, die 15 Gewinner*innen werden dann in Berlin und Paris gemeinsam ausgewählt. Dass heuer wieder – wie schon letztes Jahr – eine Peruanerin unter den Preisträgerinnen ist, ist auch ein Hinweis auf die rege Menschenrechtsarbeit in Peru, und dass die deutsche und französische Botschaft diese unterstützend verfolgen.

„Diese Auszeichnung ist eine Herausforderung in einer machistischen Gesellschaft wie Peru“, sagte Miluska Luzquiños in ihrer Dankesrede. Und rief zugleich dazu auf, bei den im Januar stattfindenden Parlamentswahlen Abgeordnete zu wählen, die sich für ein neues Gender-Gesetz stark machen. Die entsprechende Gesetzesvorlage, verfasst von Miluska Luzquiños, steckt seit zwei Jahren im peruanischen Parlament fest.

Hildegard Willer

6. Öffentlich-Private Partnerschaften: kann das gut gehen ?

Immer öfter werden öffentliche Großprojekte – sowohl im Norden wie im Süden – mit Geldern privater Investoren finanziert. Eine Tagung in Berlin widmete sich dem Thema. Jimi Merk berichtet

Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP, englisch: Public-Private-Partnership, PPP) sind seit vielen Jahren ein beliebtes Finanzierungsinstrument zum Bau, Erhalt und Betrieb von Infrastrukturprojekten z. B. im Energiebereich, beim Bau von Straßen, Schulen und Krankenhäusern. Es wird von Staaten zur Realisierung von Projekten benutzt, für die sie zu wenig eigene Mittel haben. Sie schließen zu diesem Zweck langfristige Verträge mit Unternehmen ab. Es gibt verschiedene Formen dieser Partnerschaften, auf die ich hier nicht näher eingehen will. Dabei kann im einen Extremfall die gesamte Finanzierung durch den Staat und nur die Durchführung des Projekts durch das Privatunternehmen erfolgen. Im anderen Extremfall wird das Projekt durch das Privatunternehmen (vor)finanziert und durch den Staat bzw. die Nutzer*innen des Projekts an das durchführende Unternehmen zurückgezahlt.

Auch in der Entwicklungszusammenarbeit wird dieses Instrument seit längerem zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten eingesetzt: nicht nur von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF), sondern auch vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

ÖPP in Deutschland

Auch in Deutschland wurden Infrastrukturprojekte in öffentlich-privater Partnerschaft finanziert. Dabei zeigte sich, dass diese Projekte erheblich teurer wurden als geplant – mit entsprechenden finanziellen Konsequenzen für den Staat bzw. die Nutzer*innen. Schließlich erwarten die durchführenden Firmen nicht nur die Erstattung ihrer Kosten,

sondern auch die Bedienung ihrer Gewinnerwartungen.

So wurde der **Ausbau der Autobahn A61** in Süddeutschland innerhalb eines Jahres 600 Millionen Euro teurer. Das Projekt in öffentlich-privater Partnerschaft kostet nun 1,4 Milliarden Euro – fast doppelt so viel wie geplant. („Tagesspiegel“ 16.09.19)

Zweifel an der Wirtschaftlichkeit der ÖPP-Finanzierung gibt es inzwischen auch bei einem anderen Autobahnprojekt: Ein Abschnitt der **Autobahn A 1 zwischen Hamburg und Bremen** wurde von einer privaten Gesellschaft erneuert und 2012 fertiggestellt. Die Maut-Einnahmen durch die Nutzung der Autobahn sollten die Kosten und Gewinne der Betreiber-Firma einspielen. Diese Rechnung ging nicht auf, weil weniger Nutzer*innen als erwartet die Autobahn befuhren. Am 23.08.2017 schreibt SPIEGEL online, dass nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung die Betreiberfirma A1 Mobil vom Bundesverkehrsministerium zusätzliche 640 Millionen Euro verlangt hat: sie sei in einer existenzbedrohenden Situation.

„Der Bundesrechnungshof kam 2014 nach der Prüfung von sieben ÖPP-Projekten zu dem Schluss, dass „wesentliche Ziele nicht erreicht wurden“, darunter eine höhere Wirtschaftlichkeit.“ (SPIEGEL online, 23.08.17)

ÖPP in Peru

Auch in Peru sind Großprojekte durch ÖPP finanziert worden, die große Umweltschäden und soziale Konflikte verursacht haben, u.a. die Erdgasförderung im südlichen Regenwald, die transozeanische Straße (IRSA-Sur), die Erdölraffinerie in Talara (Küste) oder Staudämme wie Chadín (im Marañón-Fluss) in der Nähe von Celendín wie auch große Bewässerungsprojekte wie Olmos (an der Küste) – für die exportorientierte Landwirtschaft, U-Bahn- und Eisenbahn-Linien...

Die Diskussion über die ÖPP ist in Peru stark geprägt von der Tatsache, dass viele dieser Projekte von der Firma Odebrecht durchgeführt wurden, die durch Korruption an die Aufträge für diese Projekte kam. Eine Studie aus dem Jahr 2017 über die ÖPP in Peru, herausgegeben von der [NGO Grupo Propuesta Ciudadana](#), gab als Fazit am Schluss unter anderem folgende Empfehlungen, deren wichtigste Stichworte Transparenz und Kontrolle waren:

- Es sollte eine offene Diskussion über die ÖPP und eine Evaluierung geben, um die Korruption zu eliminieren.
- Das Hinzufügen von Nachträgen zu bestehenden Verträgen sollte nicht diskret unter den beteiligten Funktionär*innen entschieden werden, sondern öffentlich gemacht werden.
- Der Consejo Directivo von PROINVERSION, der staatlichen Institution zur Förderung privater Investitionen, sollte strengen Kontrollen unterworfen werden und mit maximaler Transparenz arbeiten.
- Kontrollen sollten die Projekte beobachten, um zu starke Kostensteigerungen und Korruption zu vermeiden.
- Es sollte eine spezialisierte Arbeitsgruppe zur Ex-Post-Evaluierung der ÖPP gebildet werden.

Fachkonferenz „Risikogeschäft öffentlich-private Partnerschaften“

Am 10. September dieses Jahres hat sich eine Fachkonferenz „Risikogeschäft öffentlich-

private Partnerschaften“ in Berlin mit den Risiken und Problemen dieser Form der Entwicklungsfinanzierung beschäftigt. Veranstalter waren die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Heinrich-Böll-Stiftung, WEED, urgewald, Gemeingut in BürgerInnenhand, erlassjahr.de, Institut Südwind, Informationsstelle Peru und Forum Umwelt und Entwicklung.

Über die Themen „(Verdeckte) Schulden“, Wirtschaftlichkeit“ und „(Groß-)Risiken und Haftung“ diskutierten Fachleute u.a. aus Indien, Mosambik und Irland. Es werden auch in den reichen Ländern des Nordens Infrastrukturprojekte durch ÖPP finanziert. Schwerpunkt dieser Konferenz sollten aber Infrastrukturprojekte (Wasser, Gesundheit...) in den Ländern des Globalen Südens und die Entwicklungszusammenarbeit sein.

Im Eingangsbeitrag zur Konferenz wurde erläutert, dass für viele Länder die Finanzierung durch private Mittel verlockend war/ist, weil sie selbst über zu geringe (Steuer-)Einnahmen verfügen und durch – z. T. aufgezwungene – Sparauflagen diese Projekte nicht finanzieren konnten. Auch der Vertreter des IWF nannte die Freisetzung öffentlicher Haushaltsmittel durch Inanspruchnahme privater Gelder als Argument für dieses Finanzierungsinstrument. Übergreifend stand bei allen Themen die Frage, ob private Unternehmen effektiver, schneller und kostengünstiger Projekte realisieren können als die öffentliche Hand – dies wird ja immer wieder als eine Begründung für die Vorzüge von ÖPP angeführt.

(Verdeckte) Schulden

Die oftmals durch die Zahlungen an die Privatfirmen (Kosten des Projekts, erwartete Gewinne) entstehende Verschuldung ist versteckt, sie taucht nicht in der Schuldenbilanz der Länder auf, räumte **Mark Joseph Flanagan vom IWF** ein. Darauf verwies auch **María José Romero von EURODAD** (Europäisches Entschuldungsnetzwerk): Durch eingebaute Haftbarkeiten entstehen verdeckte Schulden und Finanzprobleme für die Länder, deren Regierungen immer die Restrisiken tragen müssen. **Flanagan** sieht als Problem, dass bei langfristigen Verträgen nur der Privatsektor profitiert und nicht der Staat. Bei den Vertragsverhandlungen sind die Firmen oft gewiefter, die Regierungen haben weniger Kapazitäten. So werden zukünftige Belastungen oft nicht eingerechnet. ÖPP kann also nicht einfach als Lösung für Finanzierung empfohlen werden. Eigentlich müssen Regierungen von ÖPP absehen, wenn sie alle möglichen Probleme berücksichtigen.

María José Romero erklärte, dass viele Staaten bei der Entscheidung für ÖPP die Illusion hätten, dass man sich das leisten könne. Es würden vorher meist keine Kosten-Nutzen-Analysen durch die öffentliche Hand gemacht. Die Erfahrung zeige aber, dass die ÖPP letztendlich meist durch die öffentliche Hand oder von den Nutzer*innen des Projekts finanziert würden und die teuerste Lösung seien: Die Kosten privater Kreditaufnahme seien doppelt so hoch wie bei öffentlicher Kreditaufnahme. Dazu kämen die Gewinnerwartungen der Firmen, die in den Ländern des Globalen Südens wegen befürchteter Risiken höher lägen, und die hoher Transaktionskosten (für Planung, Überwachung...).

Die Auswirkungen von ÖPP-Finanzierungen werden zu wenig empirisch erfasst. Sie führen oft zur Verschärfung von Ungleichheit – sie sind kein Wundermittel, sondern sehr problematisch.

Wirtschaftlichkeit

Die angeblichen Kostenvorteile der ÖPP wurden bei diesem und auch bei den anderen Panels (s.o.) von den Fachleuten bezweifelt. So erklärte **Professor Holger Mühlenkamp** von der Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer, Ökonomen bezweifeln, dass private Projektdurchführung günstiger als öffentliche sei. ÖPP könnten aber wirtschaftlich sein, wenn Bau und Betrieb des Projekts vom Privatunternehmen übernommen würden, dann hätte das Unternehmen auch Interesse an einem guten Erfolg. Das Problem bei langfristigen Projekten sei, dass nicht alles vorhersehbar sei und nachverhandelt werden müsse. Problem sei, dass die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen nicht öffentlich seien und die Wirkungen von ÖPP meist überschätzt würden. Die Kritik von Rechnungshöfen laute, die Vorabgutachten der ÖPP seien fehlerhaft und nicht plausibel. Es gebe Interesse und Anreize, auch nichtwirtschaftliche ÖPP durchzuführen. Die angeblichen Kosten-Risiken bei konventionellen Nicht-ÖPP-Verfahren seien aus der Luft gegriffen. Die Schuldenausweisregelungen müssten geändert werden, sodass keine Schulden versteckt werden könnten, dann seien die ÖPP keine Versuchung für die Regierungen mehr.

Über die Erfahrungen mit ÖPP in Mosambik berichtete **Borges Nhamire vom Centro de Integridade Publica** (Mosambik). Seit den 90-er Jahren würden Investitionen über ÖPP finanziert, die der Staat nicht finanzieren könne. Die Erfahrung habe gezeigt, dass die ÖPP nicht wirtschaftlich und keine fairen Geschäfte seien. Durch die ÖPP würde keine Verbesserung der Infrastruktur erreicht, aber die Dienstleistungen (z. B. Nutzung eines neuen Hafens) würden für die Bevölkerung teurer.

Die kritischen Einschätzungen wurden von **Jan Martin Witte von der KfW** bestätigt. Entgegen ursprünglich hoher Erwartungen hätte vieles aber nicht geklappt. Er führte aber ein positives Beispiel für eine ÖPP aus Sambia an, bei der es um erneuerbare Energien ging. Aufgrund der Probleme dort (schwache Trägerstrukturen, Korruption, nicht kostendeckende Tarife für Energie) habe die KfW den Privatsektor in das Projekt reingenommen. Das dort erzielte gute Ergebnis wäre mit der Regierung allein nicht möglich gewesen. ÖPP seien kein Allheilmittel und müssten nach ihrem „Entwicklungs-Impact“ beurteilt werden.

In der **Diskussion** wurde u.a. betont, ÖPP bedeuteten immer Subventionierung der Privatfirmen durch die öffentliche Hand.

(Groß-)Risiken und Haftung

Über ein ÖPP-Energieprojekt (Wärmekopplung) in Indien berichtete **Anuradha Munshi vom Center for Financial Accountability** (Indien). Es habe von Anfang an Verstöße gegen die Rechte und Interessen der Bevölkerung gegeben. Die Bevölkerung sei nicht informiert und befragt worden. Die Emissionen des Projekts seien nicht untersucht worden: Die Bevölkerung habe nicht mehr fischen dürfen. In der Konsequenz müssten Kinder für die Familie mitarbeiten und könnten nicht mehr zur Schule gehen.

Eine völlig andere Position vertrat **Christina Paul von der Weltbank**. Sie betonte, ÖPP könnten hilfreich zur Infrastrukturentwicklung in Entwicklungsländern beitragen, weil dort die finanziellen Mittel knapp seien. Sie seien aber kein Allheilmittel. Bezüglich der Großrisiken sei kein Rahmen vorhanden, die Regierungen brauchten Regeln und Informationen. Zur Beurteilung von ÖPP brauche es Fachwissen und entsprechendes

Personal, z. B. beim Finanzministerium, dazu braucht es geeignete Institutionen. Firmen haben oft mehr Expertise als die Regierungen. Es gibt Empfehlungen für die Verträge, aber die Regierungen haben oft keine Kapazität für die Verhandlungen. Die Weltbank bekomme ihre Aufträge durch die Länder, dort müsse also angesetzt werden. Zum Rahmen ihrer Arbeit gehörten auch ökologische Aspekte und die Beteiligung der Zivilgesellschaft.

Anuradha Munshi widersprach Christina Paul: Die Regierungen könnten trotz Verträgen gezwungen werden, die Bedingungen der Firmen zu akzeptieren, die Existenz von Regelwerken würde also nicht helfen.

Die Erfahrungen Großbritanniens mit den ÖPP beschrieb **Dexter Whitfield von European Services Strategy Unit** aus Irland. Dort seien 730 ÖPP (u.a. Straßen, Gefängnisse) in den letzten Jahren durchgeführt worden, was zu einer hohen Schuldenbelastung geführt habe. Auch konservative britische Regierungen hätten alle ÖPP aufgelöst. Risiken (z. B. steigende Miet- und Mautpreise, ökologische Risiken) würden nicht wahrgenommen. Es gebe die Beweise und Erfahrungen: Wenn ÖPP privat finanziert würden, seien die Kapitalkosten um drei Prozent höher. Die ÖPP seien Gelddruckmaschinen. Viele Verträge würden nicht eingehalten.

Beiträge aus der Diskussion

Heike Maiwald von Urgewald informierte, dass die Weltbank Regierungen mehrerer Länder auf Veranlassung privater Firmen und nicht der Regierung gezwungen habe, ÖPP durchzuführen.

Christina Paul erklärt, die Weltbank versuche mit den Partnerbanken auf diese Bedenken einzugehen. Ungefragte ÖPP würden abgelehnt, sie schließt aber nicht aus, dass andere Weltbank-Mitarbeiter anders verfahren.

Anuradha Munshi fordert, Projekte im Bereich der Grundbedürfnisse (z. B. Wasserversorgung) sollten von ÖPP ausgenommen sein. *(In Berlin, Braunschweig, Cochabamba in Bolivien und anderen Städten mussten die Wasserwerke zu unverschämte hohen Kosten von den Kommunen zurückgekauft werden, um zu verhindern, dass die Privatfirmen das öffentliche Gut Wasser zu unbezahlbaren Preisen verkauften. – Anm.d.Korrekturlesers)*

Es folgte eine Abschlussdiskussion mit dem Titel

„Risikogeschäft öffentlich-private Partnerschaft – wer zahlt die Rechnung?“

Borges Nhamire kritisiert an den ÖPP, die durch die Nutzer*innen refinanziert werden, dass die Leute Steuern bezahlen und jetzt auch noch für die Benutzung der Straße bezahlen müssten. Für die Waren, die über den Hafen angeliefert werden, müssten sie wegen der Gebühren für den Hafen höhere Preise bezahlen.

Christina Paul informierte, es würden neue Kriterien, z. B. menschenrechtliche, ökologische, die Transparenz betreffende, für die Weltbank kommen. Sie nehme die Kritik an den ungewollten ÖPP, zu der die Weltbank Regierungen gezwungen haben soll, mit.

Dr. Elke Baumann vom Bundesfinanzministerium (BMF) erklärte, sie schauten sich die

ÖPP an und prüften, ob das finanzierbar und die beste Finanzierungsmöglichkeit für das Vorhaben sei. Als Vorteile bei ÖPP sähe das BMF die Termintreue, die Kosten, die Effizienz und die technologische Kompetenz der Firmen. Es gebe auch gute ÖPP, der Rechnungshof kritisiere immer die schlechten.

Laura Valentukeviciute von Gemeingut in BürgerInnenhand widersprach: es gebe seit 20 Jahren keine Evaluierung der ÖPP in Deutschland, deswegen wisse man nicht, ob es gute ÖPP gebe. Es gehe um Daseinsvorsorge, das sei eine öffentliche Aufgabe. Die Öffentlichkeit müsste darüber mitreden, das sei bei den ÖPP nicht der Fall.

Die **Moderatorin Hanna Gersmann** zitierte aus einer Studie der Heinrich Böll Stiftung, nach der die ÖPP Gegensätze verschärft hätten und Verträge nicht eingehalten worden seien, und fragte, wie das verändert werden könne.

Christina Paul antwortete, es gebe keine Garantie, man könne die Probleme nur abmildern.

Dr. Elke Baumann meinte, für ÖPP brauche es Strukturen, für die sich Deutschland einsetzt. (*Hallo Herr Scheuer!*) Auf die Frage nach einer Weiterentwicklung von ÖPP in Deutschland antwortete sie, wir müssten die ÖPP besser auswerten. Grundproblem bleibe, dass wegen der fehlenden Finanzmittel privates Kapital notwendig sei.

Bei der **Diskussion** kam dazu die „Anregung“ aus dem Publikum, privates Kapital könnte auch über Steuern abgeschöpft werden, so dass die Staaten über genug Geld zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten verfügten. Gefordert wurde auch, dass Kritiker von ÖPP in den Ländern des Globalen Südens vor Verfolgung und Bestrafung geschützt werden müssen.

Mein Fazit

Ich halte die Finanzierung öffentlicher Infrastrukturprojekte und Daseinsvorsorge über ÖPP-Mittel für falsch. Das gilt insbesondere für die Länder des Globalen Südens, aber auch für Deutschland.

Die wesentlichen Argumente – Intransparenz der Planung und Durchführung, Unwirtschaftlichkeit und dadurch höhere Kosten für den Staat bzw. die Nutzer*innen, Gefahr der Verschuldung des Staates... – wurden während der Fachkonferenz von den Kritiker*innen ausgeführt, siehe oben.

Alternativen? Der Staat könnte die Mittel für den Bau wesentlich günstiger als die privaten Firmen bei den Banken leihen und selber bauen. Außerdem könnte sich der Staat über höhere Steuereinnahmen die für die Projekte notwendigen Gelder beschaffen. In Deutschland sind in den letzten Jahren Steuern herabgesetzt bzw. abgeschafft worden. Viele Länder des Globalen Südens haben kein für die Finanzierung staatlicher Ausgaben angemessenes Steuersystem.

Jimi Merk

7. Auch Wasser kann man säen

Indigenes Wissen liefert eine Strategie, um die Folgen des Klimawandels in den Anden abzufedern.

Wasser „säen“ und ernten – das ist angesichts der Wasserknappheit die Hauptbeschäftigung der Bevölkerung in den Hochanden Perus geworden. In Arequipa und Cusco können sich die Wiesen durch den richtigen Umgang mit dem Regen auf die Folgen des Klimawandels einstellen.

Der Regen erreicht die Menschen an den Hängen der Hochanden nicht, die Flussquellen versiegen nach und nach, und die Flüsse haben immer weniger Wasser. Der Klimawandel beeinträchtigt den Wasserkreislauf in den Gebieten der Hochanden über 4000 Meter erheblich. Die Regenzeit beträgt nur noch drei Monate. Die neun Trockenmonate sind eine Herausforderung für die dort lebenden Menschen. Zwischen Dezember und März regnet es, die Berge und Wiesen sind saftig grün, die Böden feucht und die Seen dank der Niederschläge voller Nährstoffe. Lamas und Alpakas finden Nahrung. Doch zwischen Mai und August werden die Nachtfroste strenger. Es kann bis zu minus 28 Grad kalt werden. Die Wiesen werden gelb und trocken, bis November sind sie ganz grau. Nur die kräftigsten (und am wenigsten nahrhaften) Weiden widerstehen der Kälte.

In der Puna, auf einer Höhe zwischen 4000 und 4800 Meter, ist die Vegetation karg. Hier wachsen „ichu“ (ein Trockengras, das den Tieren als Nahrung dient), Kakteen und Bromelien. Die Bevölkerung lebt hauptsächlich von der Aufzucht von Alpakas.

Das Ehepaar Flor Mamani und Tomás Caylla lebt in Chalhuanca, einem Dorf im Distrikt Yanque im Departement Arequipa. Auf 4300 Meter Höhe zeigen sie uns ihre Weiden, Tiere und die *qocha*, einen kleinen, selbstgebauten Staudamm, der ihr Leben verändert hat. Den beiden ist bewusst, dass ihr Leben vom Wasser abhängt. Deshalb sind sie stolz auf das, was sie mit großer eigener Anstrengung und Unterstützung der Nachbar*innen erreicht haben.

Ihre *qocha* ist Teil der „Aussaat und Ernte“ von Wasser: Ein Wasserreservoir fängt das Regenwasser auf und verhindert den Abfluss von großen Wassermengen, der zu Bodenerosion führt und den Boden weniger fruchtbar macht. So wird mehr Wasser gefiltert und damit das Grundwasser stetig aufgefüllt. Das trägt zum Erhalt der Moore und tieferliegenden Wasserquellen bei. Beides ist wichtig für die Landwirtschaft und die Ernährungssicherheit von Mensch und Tier.

Fernando Ucsa, der frühere Vizepräsident von Huacapunco, eines Dorfs in der Provinz Paucartambo bei Cusco, ist ein begeisterter Befürworter der *qochas* und macht Werbung für ihre Bedeutung in Zeiten des Wassermangels. Seinen Unterhalt verdient er mit Viehzucht und dem Verkauf von Milch. Er zeigt uns eine der acht *qochas*, die er mit den Nachbar*innen gebaut hat und freut sich im Anblick des sprudelnden Wassers.

Huacapunco ist wie Chalhuanca ein Gebiet der Viehzucht. Die Wohnhäuser stehen auf 3.328 m Höhe, die Viehweiden reichen bis in die Höhen der Puna. Es ist ein kaltes Gebiet mit Temperaturen bis zu minus 16 Grad.

Traditionelle Wasserwirtschaft in den Anden

2018 hat Peru ein Klima-Rahmengesetz verabschiedet. Damit sollten Maßnahmen zur Schadensbegrenzung und Anpassung an die Klimaerwärmung und gleichzeitig die Verpflichtungen des Pariser Abkommens umgesetzt werden. Paragraph 3 legt fest, dass dies auf der Grundlage von traditionellem Wissen geschehen soll. Auf diese Weise greift das Gesetz „auf traditionelles Wissen der indigenen Bevölkerung zurück, schätzt es wert und nutzt es. Die Maßnahmen zur Schadensminderung und Anpassung an den Klimawandel berücksichtigen deren Vision einer Entwicklung in Harmonie mit der Natur. Sie orientieren sich an den Flussläufen, schützen den Wasserkreislauf und die Wassersysteme in den Tälern zum Pazifik und zum Atlantik sowie am Titicacasee nachhaltig. Dies geschieht durch Raumordnungsverfahren, die ihre besondere Anfälligkeit für die Folgen des Klimawandels berücksichtigen und das Recht auf Wasser garantieren.“

Berücksichtigt das Gesetz die traditionellen Gesellschaften? Ja, aber die Kenntnisse der Bevölkerung im Hochland datieren aus der Zeit vor der Ankunft der Spanier. Damals gab es keine Klimakrise, aber trotzdem Wassermangel. Die präinkaischen Gesellschaften hatten einen außergewöhnlich klugen Umgang mit den verschiedenen ökologischen Zonen. Es gibt Ausgrabungen von Wasserleitungssystemen, von denen Land- und Viehwirtschaft profitierten. Sie nutzten *qochas* und kleine Reservoirs, mit denen sie das Quellwasser auffingen und höchst effizient zur Bewässerung einsetzten.

Tatsächlich gehören das „Säen und Ernten“ von Wasser heute zu den Maßnahmen der Klimaanpassung. Diese traditionelle Art des Wassermanagements, wie sie auch in Chalhuanca und Huacapunco angewandt wird, verbessert die Wasserversorgung in diesen Gebieten und trägt damit zu höherer Produktivität und einer besseren wirtschaftlichen Lage der kleinen Land- und Viehwirte bei. Zudem erhält sie die Ökosysteme in den hochandinen Flusstälern und ist Vorreiterin im Kampf gegen den Klimawandel. „Wir haben das Schießpulver nicht erfunden. Das ist überliefertes Wissen unserer Vorfahren. Lange Zeit war es verloren gegangen, wahrscheinlich, weil wir keine Probleme mit der Wasserversorgung hatten“, sagt Fernando Ucsa, während er sich versichert, dass seine *qocha* in gutem Zustand ist.

In der andinen Weltanschauung werden das Wasser, die Erde und andere Naturelemente als lebendige Personen (*kawsaqmi*) wahrgenommen. In einigen Gemeinden wird das Wasser mit zeremoniellen Gesängen gerufen, umgeleitet und gespeichert.

Das Säen und Ernten von Wasser ist ein umgangssprachlicher Begriff, der erst seit den 1990er Jahren gebräuchlich ist. Zuerst reagierte die Bevölkerung in den Hochanden erstaunt, als sie davon hörte: „Wasser ernten, Wasser säen – was soll das denn sein? Das klingt nicht logisch, was die Fachleute uns da erzählten. So habe ich mir überlegt, wie ich meine Nachbar*innen davon überzeugen könnte, dass ein Teil des Wassers, das es hier oben gibt, nach unten durchsickert, weit entfernt von unseren Feldern, und dass das anderen Menschen nützt. Jetzt sind alle ganz enthusiastisch, denn wir wollen ja alle Wasser haben“, erklärt Tomás.

Laut Fernando Ucsa hat der Wasservorrat dank der *qochas* um 10 bis 15% zugenommen. „Ohne die *qocha* würde die Quelle bald versiegen, wir wären ohne Wasser und würden uns streiten, denn jeder würde sich um seine Versorgung kümmern.“

„Wir bauen Dämme an den Ausgängen von natürlichen trockenen Senken oder kleinen

Seen, die nur zeitweise Wasser haben. Damit wird der Wasserspiegel angehoben und so die Speicherung von Wasser deutlich verbessert“, sagt Joel Cayllahua, der frühere Präsident des Bewässerungskomitees von Chalhuanca. „Das ist eine einfache und preiswerte Methode. Zum Bau benutzen wir Material aus der Region: Steine, *champas* (Erdklumpen mit Gras), tonhaltige Erde und Dung“, ergänzt Wilber Castillo, Sprecher der Gemeinde Huacapunco.

Der Nutzen zeigt sich schon nach kurzer Zeit – in einigen Fällen bereits nach sechs Monaten, meist nach einem Jahr oder etwas mehr. Und langfristig entwickeln sich diese temporären *qochas* in dauerhafte, auch wenn einige kaputt gehen. „Unser Land wird dank des Wassers grün. Wenn die Weiden besser sind, werden auch die Tiere stärker und widerstandsfähiger. Dann haben wir auch höhere Einkommen. Aber wir wollen, dass das nachhaltig ist, dass der Staat uns unterstützt“, sagt Fernando Ucsa.

Ingenieurs- und traditionelles Wissen Hand in Hand

In beiden Gebieten haben sich Nichtregierungsorganisationen an die ländlichen Gemeinden gewendet und suchen Synergieeffekte: Das traditionelle Wissen über den Umgang mit Wasser in Zusammenarbeit mit der modernen Ingenieurwissenschaft.

Auch die Vereinten Nationen und die peruanische Regierung erklären, dass sie das überlieferte andine Wissen für den Umgang mit der Ressource Wasser für sehr bedeutsam halten. So stellt Umweltministerin Fabiola Muñoz fest, dass „traditionelle Formen des Säens und Erntens von Wasser wesentlich zur Effizienz und Nachhaltigkeit der Wasservorkommen und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels beitragen.“

Aber was erhalten die Bergbewohner*innen im Gegenzug für ihren sorgsam Umgang mit dem Wasser? In Peru ist der Schutz der Wasserquellen eine staatliche Aufgabe. Laut Gesetz können die Wasserversorgungs-Unternehmen in ihren Tarifen einen Anteil für den Schutz der Wasserquellen berechnen. So können die Bürger*innen mit einem monatlichen Beitrag am Umweltschutz beteiligt werden. Von einem Geben und Nehmen haben unsere Interviewpartner*innen allerdings noch wenig mitbekommen.

„Wir leben hier oben und hüten das Wasser. Unten, in Arequipa, wissen sie nicht, woher das Wasser kommt, das sie verbrauchen. Die Unternehmen, die unser Wasser nutzen, müssten uns bezahlen. Sie wachsen, während wir arm bleiben, obwohl wir ihr Wasser hüten. Das Geld müsste für neue Projekte zum Schutz des Wassers und unserer Alpakas verwendet werden“, fordert Joel Cayllahua.

Der Erfolg der *qochas* hat das Agrarministerium auf den Plan gerufen. Seit 2017 hat es neue Strategien entwickelt: den Bau von *qochas* und Bewässerungsgräben, Kampagnen zur Wiederaufforstung und zum Schutz des Weidelandes, in Zusammenarbeit mit den lokalen und Regionalregierungen und mit den organisierten Gemeinden.

Im vergangenen Juli hat das Ministerium Investitionen in Höhe von 10,3 Mio. US-Dollar zum Bau von 360 *qochas* im Jahr 2019 angekündigt. Damit soll ein Stauvolumen von 5 Mio. m³ Wasser erreicht werden, mit denen 22 023 Hektar Land bewässert werden können. Davon würden ungefähr 5.000 Kleinbauern und ihre Familien profitieren. Die erste Etappe hat mit dem Bau von 160 *qochas* in den Regionen Ancash, Apurímac, Ayacucho, Cusco und Huancavelica begonnen. Bis 2021 sollen 1250 *qochas* dazu kommen.

Die Regierung hat sogar ein Gesetz erlassen, dass das Säen und Ernten von Wasser zum nationalen Interesse erklärt und das traditionelle Wissen verbreiten will. „Endlich müssen die lokalen und regionalen Regierungen die Bedeutung unserer Aktivitäten für den Erhalt bzw. die Anhebung des Grundwasserspiegels anerkennen. Hoffentlich planen sie auch entsprechende finanzielle Mittel ein“, meint der Ingenieur Flavio Valer, der als Berater von PACC Peru (Programa de Adaptación al Cambio Climático, Programm zur Anpassung an den Klimawandel) den Bau Hunderter von *qochas* in verschiedenen Regionen des Landes begleitet hat.

Yakuykiwan Kawsanchis (Dank deines Wassers leben wir)

Die Zukunftsszenarien für die Hochanden sind kompliziert und kritisch. Nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen wird die Erdtemperatur steigen und die Regenhäufigkeit abnehmen. D.h. dass in diesen Regionen das Wasser knapp wird. Unsere Interviewpartner*innen in Arequipa und Cusco vertrauen darauf, dass der Bau von *qochas* zum Säen und Ernten von Wasser die Folgen einer Zukunft mit viel Trockenheit abmildern wird. Aber sie wollen nicht allein gelassen werden und fordern die Präsenz und Beteiligung des Staates und aller, die nicht in den Höhen der Anden leben, aber das oben gespeicherte Wasser nutzen.

Die Erfolge von Chalhuanca und Huacapunco haben auch andere Dörfer angesteckt, in Arequipa, Cusco und anderen Regionen. Deren Bewohner*innen wollen nun im Bau von *qochas* fortgebildet werden. Diese Motivation – und Notwendigkeit – muss Hand in Hand gehen mit dem Förderprogramm des Agrarministeriums. Dabei müssen auch die zivilgesellschaftlichen, in der technischen Zusammenarbeit tätigen Organisationen beteiligt sein.

Unser Fazit: Die Ernte von Wasser erfüllt die Erwartungen der Bäuerinnen und Bauern in Gebieten mit extremer Armut und saisonaler Wasserknappheit und schließt die Lücken in der Infrastruktur für eine bessere Wasserversorgung. Außerdem sichert sie die Nachhaltigkeit der Ressource Wasser und trägt zur Dynamisierung der lokalen Wirtschaft bei.

Zum Abschied nehmen wir die Worte von Fernando Ucsa mit: „Meine Vorfahren haben immer gesagt: ‚Im November sind schon immer die Tiere gestorben, das Jungvieh hat nicht überlebt und es gibt weder Wasser noch grüne Weiden.‘ Aber mit unserer Arbeit vertrauen wir jetzt darauf, dass wir gut durch den November kommen und keine Tiere verlieren werden. Wir haben gelernt und können unser Wissen an unsere Mitbürgerinnen und –bürger weitergeben.“

ALBERTO ÑIQUEN G.

zusammengefasst und übersetzt von Annette Brox

Die Originalreportage in spanischer Sprache ist erschienen auf <https://redaccion.lamula.pe/2019/10/12/sembrando-agua-para-el-futuro/albertoniquen/>

Die Reportage wurde zusammen mit CONNECTAS und mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung realisiert und gewann 2019 den Journalistenpreis des peruanischen Umweltministeriums.

8. Kurz gemeldet

Kurzmeldungen vom Klimagipfel in Madrid bis zu einem Hotel-Rohbau in Cusco.

Am Rande des Klimagipfels

Widersprüchliche Umweltpolitik

Gabriel Quijandría, Vertreter des peruanischen Umweltministeriums, betonte auf dem Klimagipfel in Madrid, dass die Torfböden im Amazonasgebiet „Alliierte im Kampf gegen den Klimawandel“ sind. Noch vier Tage zuvor hatte die Regierung das Wasserstraßenprojekt „Hidrovia Amazónica“, das genau diese Torfmoore bedroht, zum vorrangigen nationalen Interesse erklärt.

Wenn die Regierung ihre Verpflichtungen zum Klimaschutz einhalten will, muss sie ihre Haltung zum Wasserstraßen-Projekt, das wichtige Ökosysteme bedroht, überdenken.

Der Klimawandel bedroht die Biodiversität

„Der Klimawandel führt dazu, dass wir unser traditionelles Wissen verlieren“, sagt die Melania Casales, Quechua und Präsidentin der indigenen Frauenorganisation Onamiap, im Rahmen der Aktivitäten zum Klimagipfel. Durch den Klimawandel würden zum Beispiel Heilpflanzen und Saatgut geschädigt, erklärt sie. Außerdem würden manche Tierarten dramatisch reduziert.

<https://www.servindi.org/actualidad-producciones-resumen-peru-radioteca-audios/09/12/2019/mundo-indigena-peru-el-resumen>

Wo bleiben die lateinamerikanischen Ambitionen?

Das war die Frage einer Podiumsdiskussion auf einem Side Event des Klimagipfels in Madrid, an der auch je ein*e Vertreter*in der peruanischen NRO's Mocicc (Bürgerbewegung gegen den Klimawandel) und DAR (Recht – Umwelt – Ressourcen) teilnahmen. Fazit: Fast alle südamerikanischen Länder setzen ihre nationalen festgelegten Beiträge nach dem Pariser Abkommen nicht oder nur unzureichend um. Es fehlen konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der klimaschädlichen Gase. Fehlende Haushaltsmittel verzögern außerdem die Umsetzung geplanter Maßnahmen. Die Podiumsteilnehmer*innen forderten deshalb eine erweiterte Debatte. Die Frage der Finanzierung müsse eine größere Rolle spielen.

Minenprojekt Tía María: Einsprüche abgewiesen

Der staatliche Bergbau-Rat (Consejo de Minería) hat am 29. Oktober die drei Einsprüche gegen die Baugenehmigung für das Minenprojekt „Tía María“ der Southern Perú Copper Corporation zurückgewiesen. Damit ist die Genehmigung rechtskräftig. Sie kann noch vor dem Verwaltungsgericht angefochten werden. Gegen das Minenprojekt gab es massive Proteste (siehe InfoPeru Nr. 64)

Für diese Entscheidung gab es einen hohen Zeitdruck, denn die Umweltverträglichkeitsprüfung stammt von August 2014 und gilt nur fünf Jahre. Bei einem späteren Baubeginn müsste das Unternehmen eine neue Umweltverträglichkeitsprüfung vorlegen. Da keine verwertbaren Gründe gegen den Baubeginn vorlagen, hatte die Regierung keine gesetzlichen Mittel, den Bau zu verbieten. Hätte sie die Baugenehmigung verweigert, müsste sie mit einer Klage vor einem internationalen Schiedsgericht rechnen, so die Einschätzung der NGO CooperAcción.

Dennoch gibt es nicht geklärte Lücken in der Umweltverträglichkeitsprüfung, sagt CooperAcción: So sei nicht endgültig geklärt, ob der Tagebau das Grundwasser verschmutzt, das den Fluss Tambo speist. Außerdem bestehe die Gefahr, dass durch die Windausrichtung Staub aus der Mine ins Tal und in die Ortschaften bläst. Auch die Auswirkungen der Entsalzungsanlage seien nicht ausreichend geprüft.

Das bergbaukritische Netzwerk Red Muqui und die Nationale Menschenrechtskoordination zeigten sich besorgt darüber, dass die Regierung am Minenprojekt festhält. Sie kritisierten in einem Schreiben an den Präsidenten Martín Vizcarra die Ablehnung der Einsprüche durch den Bergbau-Rat und warnten vor den nicht kalkulierbaren Umweltrisiken.

<https://www.servindi.org/actualidad-producciones-audios-resumen-peru-radioteca-audios/11/11/2019/mundo-indigena-peru-el>

Petroperú muss für Erdölverseuchung zahlen

Die peruanische Umweltbehörde OEFA verpflichtet in einem historischen Beschluss das Staatsunternehmen Petroperú zur Zahlung von 25 Mio. Dollar. Petroperú sei für Umweltschäden durch Erdölverseuchung in den Flusstälern von Chiriaco und Morona verantwortlich, da es den Unterhalt der Erdölleitung vernachlässigt habe. Die vom Unternehmen gerne verbreitete Behauptung von Sabotage durch Dritte wird damit entkräftet.

Erste Mastertesis auf Quechua

Zum ersten Mal in Peru wurde eine Mastertesis auf Quechua geschrieben und anerkannt. Die Studentin Roxana Quispe Collantes hatte die Tesis an der Universität San Marcos in der Fakultät für Sprach- und Humanwissenschaften eingereicht. Sie wurde mit der bestmöglichen Note (20 Punkte) bewertet.

<https://www.servindi.org/actualidad-producciones-audios-resumen-peru-radioteca->

[audios/20/10/2019/mundo-indigena-peru-el](https://www.servindi.org/actualidad-noticias/04/11/2019/mundo-indigena-peru-el)

Staat zerstört Coca-Pflanzungen in VRAEM-Gebiet

Drei Monate, nachdem Gemeinden der Asháninka Drogenhandel im Gebiet des VRAEM (Flusstäler von Apurímac, Ene und Mantaro) angezeigt hatten, hat die peruanische Regierung mit der Ausrottung der illegalen Coca-Anpflanzungen begonnen. Es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Spezialagenten der Polizei und Coca-Bauern, als diese sich der Zerstörung der Plantagen widersetzen.

Die Vertreter der ansässigen Gemeinden von Río Tambo und Río Ene unterstützen die staatlichen Aktivitäten gegen den Coca-Anbau. „Wir wollen, dass die Pflanzungen zerstört werden, die die Siedler auf unserem Gebiet gesetzt haben, und dass die Gemeinden ihr Land wieder zurückbekommen“, sagt Fabián Atúnez, Präsident der Asháninka-Zentrale von Río Tambo. Auch die Asháninka-Vertretung von Río Ene unterstützt die staatliche Initiative. In sechs der 32 Gemeinden in ihrem Gebiet seien Coca-Anbauer eingedrungen.

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias/04/11/2019/vraem-inician-erradicacion-de-hoja-de-coca-ilegal>

Mennonitische Siedler zerstören den Regenwald

Mennonitische Siedler*innen, die sich im peruanischen Amazonasgebiet niedergelassen haben, haben 2019 etwa 1400 ha Wald abgeholzt. Die Siedlungen „Tierra Blanca“ („Weiße Erde“) und „Masisea“ in den Departements Loreto und Ucayali bestehen seit 2017. In „Tierra Blanca“ wurden seither insgesamt 1.700 ha abgeholzt, wie Satellitenbilder zeigen, in Masisea 810 ha. Inzwischen haben die Rodungen bereits eine regionale Schutzzone und indigene Territorien erreicht.

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias/22/10/2019/colonias-mennonitas-deforestaron-mas-de-mil-hectareas-en-2019>

Bäuerliche Landwirtschaft soll besser gefördert werden

Das Agrarministerium hat im November den „Nationalen Plan für die bäuerliche Landwirtschaft 2019-2021“ verabschiedet.

Das Ministerium weist auf die große Bedeutung der bäuerlichen Landwirtschaft hin: Sie produziert weltweit 70% der Lebensmittel. In Peru sind 97% der 2,2 Mio. landwirtschaftlichen Betriebe Familienbetriebe. Sie beschäftigen 83% der insgesamt 3,8 Mio. Arbeiter*innen im Agrarsektor.

Der Nationale Plan soll die Produktivität der Familienbetriebe erhöhen, die Ernährungssicherheit verbessern und den nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen fördern. Dies soll erreicht werden mit einem verbesserten Zugang zu Produktionsmitteln, der Beratung und Begleitung von innovativen Projekten, die lokale Ressourcen nutzen und mit einer besseren Marktintegration der kleinbäuerlichen Betriebe. Insgesamt will das Ministerium bis 2021 10,7 Mrd. Soles (2,8 Mrd. Euro) investieren, um

die bäuerliche Landwirtschaft zu fördern.

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias/21/11/2019/aprueban-plan-nacional-deagricultura-familiar>

Der Hotel-Rohbau von Sheraton in Cusco muss abgerissen werden

Am 13. September ging ein jahrelanges Tauziehen um einen 7-stöckigen Neubau des Sheraton-Hotels mitten im historischen Stadtzentrum von Cusco zu Ende. Seit drei Jahren schon war an dem Rohbau nicht mehr gebaut worden. Am 13.9.2019 verkündete das Zivilgericht von Cusco, als letzte Instanz, dass der Rohbau in der Saphy-Straße abgerissen werden muss.

In der Urteilsbegründung heißt es unter anderem: Der Bau war illegal. Er verstößt gegen den Stadtentwicklungsplan für das Stadtzentrum von Cusco, der höchstens 2-stöckige Gebäude erlaubt. Ausserdem seien durch den Bau mehrere Inka-Mauern zerstört worden.

Richter Wilber Bustamante begrüßte, in diplomatischer Sprache aber mit klarer Aussage, in seiner Urteilsverkündung das Engagement der Zivilgesellschaft zum Schutz der historisch wertvollen Denkmäler., weil es auch Gründe dafür geben kann, dass Personen in den zuständigen staatlichen Kontrollstellen verhindern, dass diese geschützt werden. Ein sehr deutlicher Hinweis auf die hinter der Genehmigung stehenden Korruption. Die Baugenehmigung wurde damals von der staatlichen Behörde Proinversion und der Regionalregierung von Cusco erteilt.

Die Bürgerinitiative „Comite Indio por la defensa de la Dignidad“ fordert, dass sich der Bauträger – der zur Hotelkette Marriott – gehört, öffentlich bei der Bevölkerung Cuscos entschuldigen und neben dem sofortigen Abriss des Rohbaus die darunter liegenden Mauern aus der Inkazeit wieder herstellen muss. Des weiteren verlangt sie, dass die beteiligten Bauunternehmen *Inmobiliaria R&G* und *Corrales Ingenieros* die fünf zerstörten Terrassen aus der Inkazeit wieder herstellen müssen.

(Quellen: <https://solia60158.u.archived.org>., Ministerio de Cultura, Lima, Servindi)

zusammengestellt und übersetzt von Annette Brox und Heinz Schulze

9. Amazonas-Indigene organisieren sich

Über die Nationale Versammlung zum Schutz der Flüsse und das II. peruanische Vorbereitungstreffen des Foro Social Panamazónico im Oktober 2019 in Satipo.

Mitte Oktober hatte ich auf Einladung der NGO „Forum Solidaridad“ die Gelegenheit, an zwei so bedeutenden wie spannenden Ereignissen in der kleinen Stadt Satipo in der Region Junin teilnehmen zu können. Verglichen mit Städten wie Pucallpa, Tingo Maria oder Iquitos, ist der Ort ein geradezu ruhiges, verkehrsarmes Fleckchen Erde, inmitten

einer charakterlosen, trister Wildwuchs-Architektur, in der jedoch noch viel Grün erhalten ist. Der Ort ist von bewaldeten Hügeln umgeben, auf denen an zahlreichen Stellen der übliche Kahlschlag und die Ausdünnung der Wälder nicht zu übersehen sind. Satipo liegt in einem Tal am Fluss Satipo. Rund um die Stadt, im Landesinnern und teilweise entlang an der Bundesstraße entlang sieht man noch die typischen Malocas, Gebäude aus Holz und Strohdach.

Die Anreise nach Satipo ist etwas beschwerlich. Von Lima aus gibt es die Möglichkeit, per Bus bei einer Fahrzeit von ca. 12 bis 14 Stunden direkt bis Satipo zu fahren, oder bis zur Andenstadt Jauja zu fliegen. Von Jauja geht es dann über Tarma, der Stadt des köstlichen *manjar blanco*, dann La Merced / Chanchamayo mit den weiten Kaffee-Anbaugebieten bis nach Satipo, in mehreren Colectivos oder mit Regionalbussen. Die landschaftlich wunderschöne Strecke führt kurvenreich von den Anden über die Ceja de Selva bis zu deren Ausläufer im Tiefland. Dabei werden alle Vegetationsstufen durchfahren.

Die Wahl Satipos als Tagungsort war in mehrerlei Hinsicht symbolisch:

In der Region leben die alteingesessenen Asháninka, die in Peru offiziell zu den „Indigenen und ursprünglichen Völkern“ (Pueblos indígenas u originarios) gezählt werden. Seit der Kolonisierung der *ceja de selva* und des Tieflands müssen sie sich gegen die Eindringlinge zur Wehr setzen, die ihnen das Land rauben, die Wälder abholzen, Plantagen anlegen, Rohstoffe fördern und große Gebiete urbanisieren. Von dem großen monetären Reichtum, den dieser „Fortschritt“ erzeugt hat und noch erzeugt, fällt wenig für sie ab. Im Gegenteil, neben dem minimalen Anteil am monetären Ertrag zerstört diese Kolonisierung ihre ursprüngliche Lebensgrundlagen und zwingt sie zu einem Leben in Armut, Vereinzelung und Marktorientierung. Gleichzeitig ist das Leben von rassistischer Diskriminierung und Ausgrenzung geprägt. Immer wieder haben sich die ursprünglichen Gemeinschaften unter großen Opfern dagegen zur Wehr gesetzt.

Ab dem Jahr 1984 begann die Invasion der Terrororganisation Sendero Luminoso (SL) und später der MRTA. Beide Organisationen bekämpften sich militärisch um die Hoheit über die Region. Auch in den Konflikt hineingezogene Asháninka-Gemeinden bekämpften sich untereinander. Die Bevölkerung in den betroffenen Regionen wurde jahrelang durch SL, MRTA, Sinchis, Armee, Rondas (Zivile Verteidigungsgruppen) und Polizei drangsaliert, terrorisiert und Menschen waren zur Flucht gezwungen. Die Wahrheitskommission hat folgende Bilanz für die Selva Central gezogen: Zwischen 10.000 und 15.000 Asháninka wurden zwangsweise umgesiedelt. 5.000 waren zeitweilig gefangen in Unterstützungslagern von Sendero Luminoso, 6.000 Menschen kamen ums Leben. Noch heute gelten 600 Menschen als verschwunden. Zwischen 30 und 40 indigene Gemeinden existieren heute nicht mehr. Die Zwangsrekrutierung junger Männer, Kindersoldaten und sexuelle Gewalt an Frauen und Kindern gehörten zur Kriegsstrategie. SL und MRTA wurden in erster Linie durch die lokale Bevölkerung, die Rondas und Comités de Autodefensa (CAD) besiegt.

Der Krieg und dessen Folgen führten zu einem relativ hohen Organisationsgrad der Betroffenen. Die in mehrfacher Hinsicht besonders betroffenen Frauen organisierten sich zunächst in vorhandenen Verbänden und nach Ende des Krieges gründeten sie eigene Frauenorganisationen wie z.B. die Federación de Mujeres Asháninkas Nomatsiguenga y Kakinte FREMANK. Während des militärischen Konflikts haben sie die leitenden und koordinierenden Funktionen übernommen und für das Überleben der Gemeinden und Familien gesorgt. Wie so häufig, haben die Männer nach dem Krieg schnell die zentralen

Rollen der Frauen vergessen und versucht, die „alte Ordnung“ wiederherzustellen. Anerkennung und Emanzipation zu erreichen, bleibt ein hürdenreicher Kampf der Frauen. „Die (Ehrung) der Fremden ist eine Homage an sie selber, an die Frauen der Asháninka, Nomatsiguengas und Kakintes, die jetzt wissen, wie man kämpft und wie man siegt“, schreibt Luzmila Chiricente Mahuanca, eine bekannte und mehrfach geehrte Aktivistin und Führerin der Asháninka. Die Region Satipo steht so für diesen historischen Widerstand und den hohen Organisationsgrad, den sie in diesen Auseinandersetzungen erreicht und bis heute erweitert haben.

2019 war das Jahr der großen Brände, die sich in bisher nicht gekanntem Ausmaß über riesige Territorien des Amazonas ausbreiteten und die Lebensgrundlagen indigener Einwohner*innen in Ländern wie Brasilien, Peru, Bolivien und Kolumbien in einem bisher nicht gekanntem Ausmaß beeinträchtigt und/oder zerstört haben. Hinzu kommen die Vergiftung der Flüsse und großer Wald- und Anbaugelände durch die Gold-, Erdöl- und Gasförderung als auch die Abholzung und massive Ausdehnung von Monokulturen.

Die Wahl Satipos als Austragungsort der beiden bedeutsamen Konferenzen hat ein starkes Zeichen für den Kampf gegen die Zerstörung der Lebensgrundlagen im Amazonas und für das Überleben der indigenen Gemeinschaften sowie deren Selbstorganisation mit regionaler, nationaler und internationaler Unterstützung gesetzt.

Die „Nationale Versammlung zum Schutz der Flüsse“ – „Encuentro Nacional de Protección de Ríos“

Am **15. und 16. Oktober** fand die „Nationale Versammlung zum Schutz der Flüsse“ im Lokal der Landwirtschaftskooperative der Kaffeeproduzenten im Zentrum Satipos statt. Sie wurde von der Initiativgruppe „Grupo Nacional de Protección de Ríos“ ausgerichtet, die von den NGOs CAAAP (Centro Amazónico de Antropología y Aplicación Práctica), Forum Solidaridad, CooperAcción, Mocicc (Movimiento Ciudadano frente al Cambio Climático) und Red Muqui gebildet wird. Der Ablauf und die Durchführung wurden von Forum Solidaridad bewerkstelligt, dessen Direktor Rómulo Torres auf Einladung der Informationsstelle Peru e.V. im April und Mai 2019 eine Vortragsreise in Deutschland durchgeführt hatte. (<http://www.infostelle-peru.de/web/2-16-mai-verschiedene-staedte-soziale-bewegungen-in-peru/>). 40 Delegierte aus Costa, Sierra und Selva haben zusammengefunden, wobei die größte Anzahl an weiblichen und männlichen Delegierten aus indigenen Gemeinden des Amazonasgebiet kamen. Einige von ihnen mussten für ihre Teilnahme enorm beschwerliche Reisen in Kanu, Bus und Flug auf sich nehmen, teilweise bis zu 36 Stunden Reisezeit. Auch ökonomisch war es trotz Teilförderung eine große Anstrengung. Dies war auch der wesentliche Grund, die beiden Versammlungen terminlich auf dieselbe Woche in Satipo zu legen, da zahlreiche Delegierte an beiden Konferenzen teilnehmen wollten und sollten.

Das oberste Ziel der Versammlung war die Erstellung eines „nationalen Programms zum Schutz der Flüsse“ und die Planung gemeinsam abgestimmter praktischer Schritte durch die anwesenden „Verteidiger*innen der Flüsse“ aus den bedeutendsten Flussbecken des Landes. Daher nahmen auch einige Vertreter*innen aus verschiedenen andinen Regionen teil, in denen zahlreiche Amazonasflüsse ihren Ursprung haben. Ein gewichtiger Anteil an Flussverschmutzung wird durch die Minengebiete im Hochland verursacht. Im Detail sollten folgende Themen behandelt und soweit möglich, umgesetzt werden:

- eine Kartografierung der größten Probleme und die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen aus 18 repräsentativen Orten der Anden und des Amazonas;
- davon ausgehend die Schlüsselfaktoren für gemeinsames Handeln festlegen;
- ein Netzwerk für nationale Zusammenarbeit gründen;
- das Netzwerk der Öffentlichkeit und den staatlichen Institutionen bekannt machen und
- einen Gesetzesentwurf diskutieren und abstimmen.

Trotz widriger Umstände wie dem großen Lärm aus den Büros der Kooperative und des Straßenverkehrs sowie der vom Klimawandel bedingten ungewöhnlichen Hitzewelle wurde eine intensive, disziplinierte und angeregte Veranstaltung durchgeführt, in der sich Plena und Arbeitsgruppen abwechselten. Bei gemeinsamen Mittag- und Abendessen gab es viele Gelegenheiten, mit einzelnen Personen intensiver ins Gespräch zu kommen und auch „Informelles“ zu erfahren. Satipo hat auch, als Region des (angeblich) besten Kaffees Perus, neben den einschlägigen Fastfood-Ketten und einfachen Restaurants, einige sehr schöne Cafés und Locations zu bieten, in denen man auch in ruhigerer, angenehmer Atmosphäre bis spät in der Nacht Gespräche führen kann. Die Versammlung war ein großer Erfolg und ich hatte den Eindruck, dass trotz der deutlichen Präsenz von NGOs mit Sitz in Lima die unmittelbar Betroffenen ihre Anliegen ausgiebig vorbringen konnten und dass im Großen und Ganzen auf Augenhöhe intensiv gearbeitet und diskutiert wurde.

Wodurch die Flüsse kontaminiert werden, darüber haben wir schon häufig berichtet. Ich möchte daher drei Probleme vorstellen, die von den Delegierten in den Arbeitsgruppen angesprochen wurden und bisher weniger bekannt sind:

1. **Das Problem mit den Konservendosen.** Eine Delegierte berichtete, dass immer mehr ungeöffnete Dosen zu Geschossen werden, die zu tausenden mit der Strömung in den Flüssen treiben und badende Kinder, fischende Erwachsene, Flusstiere und Fische akut gefährden. Woher stammen sie? Aufgrund der andauernden Vergiftung der Flüsse können sich die indigenen Gemeinschaften immer seltener von dem ursprünglichen Reichtum der Flüsse ernähren. Das Wasser lässt sich nicht trinken und die Bewässerung der Felder damit vergiftet die Nahrung. Die Folgen sind Hunger, Mangelernährung und Krankheiten. 2014 litten 60% der Kinder im Amazonas unter Anämie, die weiterhin rasch zunimmt. (<http://red.pucp.edu.pe/ridei/noticias/amazonia-el-rostro-de-tu-olvido-es-la-desnutricion-y-anemia/>) Um dem Problem (vermeintlich) zu begegnen, lässt die Regierung im Rahmen von Hilfsprogrammen massenweise Dosen Nahrung ankarren und verteilen. Es geht dabei ausschließlich um die Erfüllung von in Lima festgelegten Quoten. Ob diese Nahrungsmittel für die Empfänger*innen geeignet sind, spielt dabei keine Rolle. Menschen, die bislang von Pflanzen und selbst angebauten Nahrungsmitteln gelebt haben, vertragen diese Nahrung nicht. Besonders Kinder erkranken regelmäßig. Da es keinerlei Entsorgungssysteme gibt, werfen die Menschen und zuständigen Verteilerstationen die ungebrauchten und überflüssigen Dosen einfach in die Flüsse, wo sie mittlerweile zu einer ersten Bedrohung geworden sind.
2. **Mangelndes Umweltbewusstsein.** Der Kampf mit dem Öl aus beschädigten Pipelines, Förderstationen und den Goldsuchern, die in großem Umfang die Lebensgrundlagen zerstören, ist existenziell. Aber wie einige Delegierte berichteten, gibt es ernsthafte „hausgemachte“ Probleme mit dem stetig zunehmenden Müll, der aus unterschiedlichen Gründen in die Gemeinden gelangt. Er stellt eine ernste Gesundheitsgefahr für das Gemeindeleben dar. Neben dem Plastik- und Verpackungsmüll wächst auch der Giftmüll stetig. Öle, Treibstoffe für Motoren, Quecksilber von der eigenen illegalen Goldförderung, Reinigungsmittel, Reste von verwendeten Pestiziden und Insektiziden, Elektroschrott und unzählige Batterien, die für Lampen und Elektrogeräte aller Art verwendet werden, enden

verstreut rund um die Häuser oder landen in den Gewässern. Reifen, Giftmüll und Plastikreste werden sogar von einigen Gemeindemitgliedern vor der Haustüre verbrannt und verpesten das Dorf. Wie die Delegierten berichteten, ist ein dementsprechendes Umweltbewusstsein kaum vorhanden (eine Problematik, die auf die große Mehrheit der peruanischen Bevölkerung zutrifft). Zudem fehlen Kenntnisse über die Gefahren und Zusammenhänge. Erst nach und nach entsteht, insbesondere auf Betreiben von engagierten Mitgliedern, Guardianes, Defensores und Defensoras de Ríos, Apus und Gemeinderät*innen aus den Gemeinden selbst sowie NGOs und einigen wenigen, engagierten Behördenmitarbeiter*innen, ein stärkeres Bewusstsein für diese Problematik. Wo dann tatsächlich nach Lösungen gesucht wird, mangelt es jedoch an der Unterstützung durch die Rathäuser und Regionalregierungen. Gefährlichen Müll zu sammeln und über Flüsse oder Pfade zu den bisher noch raren Sammelstellen zu transportieren, ist sowohl aufwändig als auch gefährlich. Das geht nicht ohne logistische und technische Unterstützung. Abschließend wurden die Wünsche formuliert, dass Kenntnisse über die Umwelt und die heimische Fauna und Flora Inhalt des Schulunterrichts werden müssten, dass Gemeindemitglieder und Lehrer*innen geschult und praktische Strukturen für die Müllbeseitigung geschaffen werden.

In einer Arbeitsgruppe wurde darüber berichtet, wie die **Ölfirmen in Zusammenarbeit mit Behörden und Polizei größere Ölunfälle vertuschen**. Wenn in Folge eines Ölaustritts ein Ölteppich den Fluss entlangtreibt, melden die Einwohner*innen dies sofort den zuständigen Behörden und der Polizei. Diese erscheinen allerdings nicht. Dafür tauchen in kürzester Zeit Mitarbeiter*innen der Ölfirma auf, sei es in Booten oder Hubschraubern und streuen Chemikalien auf das Öl. Dadurch löst sich der Teppich auf und das Öl versinkt unter der Oberfläche. Es setzt sich mit samt der Chemikalien auf dem Boden des Flusses ab und schädigt unwiderruflich die Unterwasserflora. Nachdem das Öl „verschwunden“ ist, tauchen Polizei und zuständige Behördenmitarbeiter*innen auf und behaupten sogleich, dass es keine Ölverschmutzung gegeben habe. Mehr noch, sie bezichtigen die Anwohner*innen der Lüge und drohen mit entsprechenden Anzeigen, wenn sie nochmal „umsonst“ gerufen würden.

Die Versammlung endete mit einer gemeinsamen Erklärung, einem Gruppenfoto und einer Pressekonferenz, die erstaunlich gut durch Reporter*inne der Regionalzeitungen und Radiostationen besucht war.

II PreFospa Perú en Satipo (Fospa: Foro Social Panamazónico)

Im Anschluss an den *Encuentro Nacional de Protección de los Ríos* fand dann am 17. und 18. Oktober das peruanische Vorbereitungstreffen für das große IX FOSPA-Treffen vom 22. bis 25. März 2020 in Mocoa, Kolumbien, statt. Zahlreiche Delegierte des ersten Treffens waren unter den Teilnehmer*innen. Das Treffen wurde von **CAAAP** (Centro Amazónico de Antropología y Aplicación Práctica) mit Unterstützung anderer NGOs wie Mocicc, Red Muqui, Forum Solidaridad und einigen regionalen Institutionen, Vertreter*innen indigener Organisationen und Behörden vorbereitet und durchgeführt. Etwa 200 Delegierte haben an den beiden Tagen teilgenommen und es zu einem repräsentativen Ereignis gemacht.

Diese Versammlung fand außerhalb Satipos in Rio Negro in der im Grünen idyllisch gelegenen „Universidad Nacional Intercultural de la Selva Central Juan Santos Atahualpa“ statt. Die Teilnehmer*innen wurden an diesem ziemlich abgelegenen Ort durch eine

Frauengruppe der „Comunidad Nativa Arizona Portillo“, an deren Gemeinde die Universität angrenzt, mit Mahlzeiten und Getränken versorgt. (*Anm. des Korrekturlesers: typische Rollenverteilung*)

In Plena und Arbeitsgruppen wurden praktisch alle Aspekte rund um die zentralen Themen Klimawandel, Territorium, Gutes Leben, Autonome Regierung, Selbstbestimmung, Identitäten im Amazonas, sowie Frauenrechte vorgestellt, diskutiert und entsprechende Zusammenfassungen und Anträge in den Plena präsentiert.

Hier eine lose Sammlung von einigen der Schlussfolgerungen und Forderungen, die im Verlauf der beiden Tage artikuliert wurden:

- Änderung des ökonomischen Modells des Neoliberalismus;
- Neugründung des peruanischen Staats;
- die Sicherheit der integralen Territorien garantieren und autonome indigene Regierungen gründen;
- die Institutionalisierung der Indigenen Vertretungen durchsetzen, u.a. durch die Einführung eines autonomen Ministeriums für Indigene Völker, mit eigenem Haushalt und effektiver Beteiligung ihrer Organisationen und Repräsentanten;
- Bekämpfung des Klimawandels;
- Verhinderung des Megaprojekts der „Hidrovia Amazónica“, das im Rahmen des stark umstrittenen „Plan Nacional de Infraestructura para la Competitividad“ der Regierung umgesetzt werden soll. Es sieht die Schiffbarmachung mehrerer großer Flüsse durch Vertiefung, Begradigung und Verbreiterung sowie den Bau und die Erweiterung von Hafenanlagen vor und würde den Lebensraum der meisten indigenen Gemeinschaften des Amazonasgebiets unwiederbringlich zerstören;
- der Korruption und Kriminalisierung der indigenen Proteste ein Ende setzen;
- der weit verbreiteten Gewalt gegen Frauen im Amazonas ein Ende bereiten;
- dem politischen und religiösen Fundamentalismus entgegenzutreten, der andere Weltanschauungen nicht toleriert;
- einen zivilgesellschaftlichen Prozess in Gang setzen, der die individuellen und kollektiven Rechte der indigenen Völker befördert;
- die Ernährungssouveränität durch den Schutz der einheimischen Samen, Lebensmittel und Naturmedizin befördern;
- das Wissen und die Praxen der Vorfahren retten, systematisieren und zugänglich machen;
- effektive Maßnahmen gegen die illegale Holzfällerei, Jagd, Fischerei, Rohstoffförderung, Drogenproduktion sowie dem Handel mit Kindern, Jugendlichen zu deren sexueller Ausbeutung durchführen;
- die „Consulta Popular“ (Bürgerbefragung) muss bei allen Vorhaben gewährleistet werden, die die Betroffenen in Mitleidenschaft ziehen können. Allerdings muss die Consulta schon in der Projektplanung stattfinden und mit einer konsensualen Lösungsfindung einhergehen. Die Consultas Populares müssen die tatsächlich Betroffenen einbeziehen und nicht mit symbolischen, fiktiven, bestellten und bezahlten Teilnehmer*innen durchgeführt werden.

Auch hier möchte ich zwei Themen vorstellen, die in Arbeitsgruppen behandelt wurden und vielleicht nicht allen gleichermaßen bekannt sind:

Die Rechte der Frauen des Amazonasgebiets. Innerhalb der indigenen Gemeinden ist Gewalt gegen Frauen stark verbreitet. Inwieweit dies traditionsbedingt oder erst durch die teilweise Einbindung in die Marktwirtschaft gekommen ist, die mit der Invasion durch

Kolonisten aus den Anden, der Küste und aus einigen europäischen Ländern im vorletzten Jahrhundert einherging, kann ich nicht beurteilen. Insbesondere konservative evangelikale Sekten verbreiten schon seit vielen Jahrzehnten ihr Gift in indigenen Gemeinschaften. Studien dazu sind sehr widersprüchlich und (rück-)projizieren häufig heutige bürgerliche Verhältnisse in die Vergangenheit. Eher herrscht Konsens darüber, dass in nahezu allen indigenen Gemeinschaften des Amazonas Frauen nicht in die gemeinschaftlichen Entscheidungen einbezogen waren. Auch sind es eher Männer, die nach Aussagen einiger Teilnehmerinnen die traditionellen Rivalitäten zwischen verschiedenen Gemeinschaften und Ethnien fortschreiben und austragen.

Mich hat daher die starke Beteiligung der Frauen beeindruckt, die zeitweise zahlenmäßig in der Mehrheit waren. Wie oben schon erwähnt, sind indigene Frauen in mehreren Regionen des Amazonas gut organisiert und bei wichtigen regionalen, nationalen und internationalen Ereignissen präsent.

Am Abend des ersten Tages wurde ein Frauentribunal abgehalten, das sich mit zwei Fällen befasste: Der Kontamination mit Schwermetallen und der oben angesprochenen „Hidrovia Amazónica“. Am darauffolgenden Vormittag wurde in Anwesenheit zahlreicher Frauen und einigen Männern das Urteil verkündet. Ab 11.00 Uhr tagten parallel im großen Saal drei Arbeitsgruppen. Ich hatte mich der Gruppe mit dem Thema „Autonome Regierung und Selbstbestimmung“ angeschlossen. Es ging sehr lebhaft zu. Plötzlich wurde es neben uns richtig laut. In der Gruppe „Rechte der Frauen des Amazonas“ waren Männer und Frauen aneinandergeraten. Kurze Zeit später verließen alle Männer die Gruppe und entfernten sich ins Freie, um dort als eigenständige Männergruppe weiter zu tagen. Das hat mein Interesse geweckt, so dass ich mich zur kleinen Männergruppe hinzugesellte. Beide „Parteien“ hatten beschlossen, getrennt zu arbeiten und ihre Ergebnisse dann nochmals gemeinsam in der großen Gruppe vorzustellen. Nun, die Männer beklagten sich in unterschiedlichem Maß über die Frauenemanzipation anhand zahlreicher Konflikte, die sie mit ihren Ehefrauen oder Partnerinnen aus ihrer Sicht erlebten. Dabei wurde deutlich, wie machistisch und traditionell deren Frauen- bzw. Männerbild ist. Unisono beklagten sie den Verlust ihrer Autorität. Einige rangen sich das eine oder andere kleinere Zugeständnis ab. Auffällig war die Argumentation einiger indigener Delegierter, die offenbar stark evangelikal beeinflusst waren. Sie argumentierten mit der Bibel. Ein besonders zorniger Mann, der mir ein Pastor zu sein schien, zitierte auswendig einschlägige Bibelstellen als Beleg für die Unterordnung der Frau. Dass es zur Trennung der Arbeitsgruppe kommen musste, war offensichtlich. Es ist noch ein weiter konfliktreicher Weg, bis sich ein anderes Rollenbild und andere Verhältnisse in den Beziehungen zwischen Männern und Frauen durchsetzt. Wenn überhaupt. Sowohl regional, national als auch international erleben wir derzeit eine Offensive der machistischen und rollenkonservativen Ideologien.

- 2. Die autonome territoriale Regierung der Nation Wampis** (Gobierno Territorial Autónomo de la Nación Wampis). In der AG „Autonome Regierungen, Selbstbestimmung und Identitäten im Amazonas“ stellten die beiden Delegierten Julio Inoja und Noe Aujtukai Yacum von den Wampi (Huambisas) und Awajun (Aguaruna) die Funktion und Bedeutung der ersten autonomen Regierung im peruanischen Amazonas vor. 60 Gemeinden mit etwa 15.000 Einwohner*innen der Wampi leben in einem Gebiet im nördlichen Amazonas an der Grenze zu Ecuador, das nur wenig kleiner als Schleswig-Holstein ist. Gleichzeitig streben weitere Nationen im Norden Perus wie die Awajun (Gobierno Autónomo del Pueblo Tajimat Awajún), Achuar, Kandoshi, Shapra und Shiwilo autonome Regierungen an, die am Ende in der Konsolidierung eines gemeinsamen integralen autonomen Territoriums und dessen juristische Anerkennung münden soll.

Die Wampis haben Ende 2015 eine autonome Regierung ins Leben gerufen, nachdem sie seit Jahrzehnten mit der Situation konfrontiert sind, dass sich die nationalen und regionalen Regierungen weder an geltendes nationales und internationales Recht halten, noch die Interessen der Indigenen schützen oder gar vertreten. Dies wurde besonders im Juni 2009 deutlich, als es im Kontext des jahrelang schon schwelenden Konflikts um die Ölförderung von Petro Perú und der Maßnahmen der Regierung zur Vorbereitung des Freihandelsabkommens Perus mit den USA zu schweren Auseinandersetzungen kam. Die Regierung setzte sich über die elementaren Rechte aus dem Abkommen 169 der internationalen Arbeitsorganisation OIT hinweg, die sie zu Konsultationen mit betroffenen Bevölkerungen zwingt. Bei einem Räumungsversuch von 5.000 Wampi, Awajun und anderen ländlichen wie städtischen Bewohner*innen, die mehrere Wochen friedlich eine Hauptverkehrsader blockierten, kam es zum sogenannten „Baguazo“ oder „Massaker von Bagua“, bei dem 34 Menschen, darunter viele Polizist*innen während des erbitterten Widerstands und einer Geiseltötung ums Leben kamen, 100 wurden dabei verwundet.

U.a. diese bittere Erfahrung führte zur Idee der autonomen Regierung. Die Wampis setzen nun dem staatlichen einen eigenen Hoheitsanspruch entgegen. Ihre Regierung versteht sich als offizieller Adressat der Nationalregierung und regionalen Behörden. Ihre Gründung markiert einen Wendepunkt von der Verteidigung und reinen Defensive hin zur Selbstbestimmung und hoheitlichen Verantwortung in der Region. Die Wampis sind sich dessen bewusst, dass sie nicht mehr isoliert leben können und streben dies auch nicht an. Sie wollen die positiven Errungenschaften der Marktwirtschaft nutzen und versuchen, möglichst konfliktfrei mit anderen Kulturen zusammen zu leben. Der peruanische Staat wird anerkannt, die Bewohner*innen verstehen sich als peruanische Staatsbürger mit mehreren Identitäten und es wird ein positives Verhältnis zu den staatlichen Behörden, der Armee und der Polizei angestrebt.

Ziele der autonomen Regierung sind

- Schutzmechanismen für den Erhalt der Wälder und Stärkung der Biodiversität;
- eigenständige Verwaltung der natürlichen Ressourcen;
- die Integrität des Territoriums sichern;
- die Vorstellungen und das alte Wissen der Wampi im Dialog mit anderen Kulturen zu bewahren;
- integrative und demokratische Werte stärken und der peruanischen Regierung entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Die autonome Regierung arbeitet kontinuierlich an einem alternativen Entwicklungsplan und dessen Umsetzung, damit all diese Ziele gewährleisten können.

Die peruanische Regierung hat bisher kaum reagiert und sich eher desinteressiert und zurückhaltend verhalten. Regional teilweise kooperativ. Auf verfassungsmäßiger Ebene ist die autonome Regierung in Lima quasi noch nicht angekommen. Sollten sich die Bildung weiterer autonomer Regierungen im Amazonas fortsetzen, wird sich das vermutlich rasch ändern. Wenn die Zielsetzung der Regierung, den Urwald weiter zu kolonisieren, zu urbanisieren und ungebremst ökonomisch auszubeuten verstärkt auf den Anspruch auf Selbstbestimmung und Autonomie trifft, muss man in Zukunft mit wachsenden Auseinandersetzungen rechnen.

Die Versammlung wurde mit der Erklärung von Satipo „Declaración de Satipo, II Reunión Nacional FOSPA Perú 2019“ beendet, die von ca. 60 Organisationen einschließlich der Informationsstelle Peru e.V. unterzeichnet wurde. Sie kann hier in spanischer Version

heruntergeladen werden: <http://www.psf.org.pe/institucional/wp-content/uploads/2019/10/Descarga-Agu%C3%AD-pdf-la-Declaraci%C3%B3n-de-Satipo.-II-PreFospa-Per%C3%BA.pdf>

Gerade wurde bekannt, dass sich die Zerstörung des brasilianischen Urwalds unter Bolsonaro 2019 verdoppelt hat. Angesichts der großen Brände, der rasch zunehmenden Ökonomisierung und Ausbeutung des Amazonas wird das IX FOSPA-Treffen vom 22. bis 25. März 2020 in Mocoa in Kolumbien das bedeutendste Forum für die betroffenen Menschen des Amazonas werden.

Zum Abschluss noch einige weiterführenden Gedanken. Auf der einen Seite kämpfen die indigenen Völker um ihr Überleben als Gemeinschaften, sind aber längst von Marktbeziehungen abhängig geworden. Geld spielt eine zunehmende Rolle, um die Existenz bestreiten zu können, und den Menschen bleibt nichts anderes übrig, als ihre Produkte und Arbeitskraft meistens prekär zu verkaufen. Die jungen Menschen verlassen die Gemeinden und widmen sich den informellen Arbeiten in den weiterhin rasch wachsenden Städten. Andererseits wächst das Bewusstsein, dass wieder stärker auf familiäre Landwirtschaft, regionale Versorgung und Selbstversorgung gesetzt werden muss. Dieser Spagat stellt die große Herausforderung da.

Auf der anderen Seite geht es um den Erhalt der Lunge des Planeten. Unter den jetzigen Lebensbedingungen und herrschenden politischen und ökonomischen Verhältnissen, kann man den Indigenen und anderen Anwohner*innen des Amazonas nicht die Rettung des Amazonas aufbürden. Auch einige kleine beispielhafte Maßnahmen und Projekte werden die Zerstörung nicht aufhalten. Hier ist die Weltgesellschaft gefragt und ein Denken und Handeln in anderen Dimensionen notwendig. Die Kolonisierung und Ökonomisierung des Amazonas muss vollständig eingestellt werden. „**Finger weg vom Amazonas!**“ lautet die Devise. Autonome Regierungen des Amazonas müssen auch militärisch in der Lage sein, das weitere Vordringen und Zerstören zu verhindern. Die Menschen müssen, soweit sie sich nicht ausreichend aus einer ökologischen, nicht expansiven Landwirtschaft und Biodiversität versorgen können, von der Weltgemeinschaft finanziell versorgt werden. Mit anderen Worten, wir hier müssen uns mit aller Macht dafür einsetzen, dass insbesondere aus den Industrienationen der Anteil an dem Erhalt des Amazonas kommt, der dafür erforderlich ist. Vor einigen Jahren hat die ecuadorianische Regierung unter Rafael Correa der Welt einen ähnlichen Vorschlag unterbreitet. Er wurde damals schmachlich im Stich gelassen. Nach den verheerenden Erfahrungen von 2019 sollten wir alle in 2020 einen neuen Anlauf in diese Richtung starten!

Andreas Baumgart

Hamburg, 23.12. 2019

Satipo 2019

<http://www.psf.org.pe/institucional/2019/10/lideres-articulan-red-nacional-para-defender-los-rios-y-cabeceras-de-cuenca-nota-de-prensa/>

<https://youtu.be/Tmq6-ES1inU>

<http://www.caaap.org.pe/website/>

<https://bit.ly/2rkRp2y>

<https://bit.ly/2Qh21I9>

<https://bit.ly/2PTuOUd>

Autonome Regierung

<http://nacionwampis.com/>

<https://www.nzz.ch/international/amerika/indigenes-volk-in-peru-aufruhr-im-wampis-land-ld.118229>

https://soundcloud.com/conexion_vida/micro-programa-9-mezcla?in=conexion_vida/sets/territorio-integral

Liste der indigenen Völker Perus

<https://bdpi.cultura.gob.pe/pueblos-indigenas?keys=>

10. Soll ich etwa gegen meinen Busfahrer protestieren ?

Warum Peru – bisher – nicht von der Protestwelle erfasst wurde

Seit September kommt Südamerika nicht zur Ruhe. Als ob sie sich miteinander abgesprochen hätten, gingen die Bürger*innen verschiedenster Länder auf die Strasse. Zuerst protestierten Ende September die Ecuadorianer*innen gegen die geplante Benzinpreiserhöhung – Teil eines mit dem IWF geschnürten Finanzierungspaktes. Die traditionell starke Indigenenverbände brachten den Präsidenten Lenny Moreno dazu, die Maßnahmen zurückzunehmen. Dann ging es Anfang Oktober in Chile weiter: Massenproteste, zuerst gegen die Fahrpreiserhöhung der Metro, und anschließend und nun schon einen Monat lang gegen die herrschende Ungleichheit, welche die wirtschaftsliberalen Konzepte Chiles verursacht hat. Schließlich erreichten die Proteste auch das Nachbarland Bolivien. Waren es zuerst Massenproteste gegen die vermutlichen Wahlfälschung des Evo Morales, so schrammt Bolivien nach dessen Abgang und Flucht ins mexikanische Asyl seitdem am Rand eines Bürgerkriegs vorbei. Zuletzt gingen die Kolumbianer zu Hunderttausenden auf die Strasse, um gegen die herrschenden Ungerechtigkeiten zu protestieren. Nimmt man noch das Dauerkrisenland Venezuela hinzu und das größte Land Südamerikas, Brasilien, unter der Führung eines Faschisten, der ungehemmt den Amazonas abholzt, dann erscheint Südamerika zur Zeit als ein von sozialen Unruhen geprägter Kontinent.

Nur Peru scheint gegen die Proteste der Nachbarländer Ecuador, Chile und Bolivien immun. Statt protestierender Massen werden auf den Straßen Limas Weihnachtsmärkte aufgebaut. Dass das Parlament im Oktober abgesetzt wurde, hat keine Proteste

hervorgerufen, sondern vielmehr Zustimmung. Dass im Januar Parlamentswahlen stattfinden werden, reißt bisher niemanden aus der Weihnachtsstimmung. Was ist also los in Peru ? Leben wir hier auf einer Insel der Seligen – oder kommt das dicke Ende erst noch?

Alle peruanischen Regierungen seit 1990 haben sich am chilenischen Wirtschaftsmodell orientiert. Dieses hat auch in Peru große Ungleichheiten hervorgebracht. Die staatlichen Dienstleistungen in Bildung und Gesundheit sind alles andere als beispielhaft. Gründe zu protestieren gäbe es auch in Peru zu Genüge. Warum Peru – bisher – dennoch nicht von der Protestwelle auf dem Kontinent erfasst wurde, liegt an einigen Besonderheiten Perus, die ich im folgenden erläutern werde:

Der informelle Sektor als Puffer und Parallelgesellschaft

Wenn ich in Lima (oder auch in einer anderen peruanischen Stadt) einen Bus besteige, dann gehört der mit größter Wahrscheinlichkeit dem Busfahrer selber, der in einer Art privaten Franchising seine Strecke betreibt und genau soviel einnimmt, wie er zahlende Fahrgäste hat. In der Hauptstadt Lima transportieren die staatlichen bzw. städtischen Gesellschaften Tren Electrico und Metropolitano weniger als 10% der Bevölkerung. Der öffentliche und private Nahverkehr in Lima ist für die Fahrgäste zweifellos ein Albtraum. Aber bei wem dagegen protestieren ? Etwa bei meinem kleinunternehmenden Busfahrer , damit er das – ohnehin spottbillige – Fahrgeld nicht erhöht?

Wenn ich in Peru krank werde und, wie die meisten, keine private Versicherung habe, werde ich wahrscheinlich in ein öffentliches Krankenhaus („hospital“) gehen, aber für alle medizinischen Dienstleistungen wie Diagnostik, Labor in einer privaten „Clínica“ extra zahlen müssen. Bei wem soll ein Peruaner protestieren, wenn der Arzt im staatlichen Krankenhaus ihn zur Diagnostik in sein eigenes privates Roentgenzentrum schickt, oder wenn er nicht zur Sprechstunde im staatlichen Krankenhaus erscheint, weil er in seiner Privatpraxis besser verdient ?

Es gibt in Peru zwar kostenlose staatliche Schulen und Universitäten. Aber die meisten haben einen so schlechten Ruf – der sicher nicht immer gerechtfertigt ist – , dass selbst Eltern aus der unteren Mittelschicht es vorziehen, ihre Kinder an Privatschulen zu schicken. Die alten und neuen Armenviertel Limas sind voller Privatschulen, deren Qualität sehr unzureichend zertifiziert ist, und bei denen die Gewinnorientierung an erster Stelle steht. Soll ich gegen meine Privatschule wegen zu hoher Schulgebühren protestieren?

Und schließlich sind 70% der peruanischen Erwerbstätigen als selbständig Erwerbende tätig, die vielleicht Steuern zahlen, aber sicher in kein staatliches Sozialsystem eingebunden sind. Peru dürfte das Land mit der höchsten Informalitätsrate Südamerikas sein.

Im Gegensatz zu Chile funktioniert die peruanische Wirtschaft und Gesellschaft deshalb längst zweiteilig: auf der einen Seite die formellen Arbeitgeber*innen und -nehmer*innen, zu denen auch die großen Bergbauunternehmen gehören; auf der anderen Seite die Mehrheit der peruanischen Erwerbstätigen, die sich irgendwo im informellen oder halb-informellen Sektor eingerichtet haben und vom Staat eigentlich nichts mehr erwarten.

Das Thema Korruption als Ventil der Entrüstung

Was die peruanischen Bürger*innen in den letzten beiden Jahren auf die Straßen getrieben hat, ist die Korruption im Polit- und Justizsystem. Viele Peruaner*innen haben das Gefühl, dass das politische System, einschließlich ihrer Volksvertretung im Parlament, vollkommen korrupt ist. Die Empörung über die letztes Jahr aufgetauchten Telefonmitschnitte korrupter Richter, die immer neu bekannt werdenden „schwarzen“ Wahlkampfspenden von Odebrecht und allen großen peruanischen Unternehmen – all das bestätigt den Eindruck, dass das System vollkommen korrupt ist.

Neben den offenkundigen Beweisen für die Korruption in Politik und Justiz, gibt es aber auch das Gegenteil: ein paar mutige Staatsanwälte, Richter und Investigativjournalist*innen haben es immerhin geschafft, dass in Peru einige der Korruption bezichtigte Politiker*innen und Ex-Präsidenten heute im Gefängnis sitzen. Ein angeklagter Ex-Präsident hat sich Anfang dieses Jahres sogar erschossen, um der Haft zu entgehen.

Präsident Vizcarra kommt deshalb gut an beim Volk, wenn er die Priorität auf die Korruptionsbekämpfung legt. Tatsächlich regierte er praktisch gegen die oppositionelle Mehrheit im Parlament, die seine politischen Reformen immer wieder zu verhindern wusste. Bis er schließlich den Kongress auflöste und Parlaments-Neuwahlen für Januar 2020 ausrief. Proteste der Bevölkerung gegen diese, normalerweise Diktatoren vorbehaltene, Maßnahme blieben aus. Im Gegenteil: einige Analysten meinten, die Auflösung des unbeliebten Kongresses habe wie ein Ventil gewirkt für all die Wut über die herrschende Korruption.

Und die Umweltkonflikte?

Peru ist Herd vieler sozialer Umweltkonflikte, vor allem im Umfeld des industriellen Bergbaus und der Erdölförderung im Regenwald. Wer nur diese Konflikte im Auge hat, vergisst schnell, dass diese Proteste der indigenen Gemeinschaften oft in recht abgelegenen Orten stattfinden. Die Minengegner haben zwar durchaus das Potenzial, eine Kleinstadt lahmzulegen, Hauptverkehrsstraßen zu blockieren, und sogar die Produktion einer Großmine zum Erliegen und das peruanische Bergbauministerium damit zur Verzweiflung zu bringen. Schwer vorstellbar ist aber, dass strittige Bergbauprojekte zu Massenprotesten in den großen Städten führen. Dafür sind die Lebenswirklichkeiten zwischen Stadt und Land zu unterschiedlich, und viele Stadtbewohner*innen glauben, dass Peru ohne Bergbau schlechter dran wäre.

Auch wenn im Moment noch wild gewordene Fußballfans die einzigen Randalierer auf den Straßen sind: niemand wird eine Prognose abgeben wollen, wann das Pendel auch in Peru umschlagen kann. Die letzten beiden Jahre waren ein Paradebeispiel, wie schnell die Stimmung kippt. Die Ankündigung der Amnestierung von Alberto Fujimori (Weihnachten 2017), sowie die Absetzung führender Staatsanwälte im Kampf gegen die Korruption (Silvester 2018) brachte die Menschen trotz Weihnachtessen und Silvesterfeuerwerk zu Tausenden auf die Straße.

Welcher Funke schliesslich Feuer schlagen wird bei den Peruaner*innen, und wann, weiß niemand. Aber dass es einen geben wird in Peru, ist so sicher wie das nächste Erdbeben.

Hildegard Willer

11. Fair einkaufen, aber wie ?

Eine Besprechung des neu aufgelegten Handbuchs für fairen Konsum.

Bereits im Vorwort zu diesem Buch steckt die bekannte Aktivistin Vandana Shiva den Rahmen ab, worum es heute wirklich geht: „Wir leben in einer Welt, die in 1:99 geteilt ist: Ein Prozent – das sind die wenigen Milliardäre, Unternehmer und Politiker, die 99% des Reichtums, der Macht und Menschen kontrollieren. Ein Prozent, das ist auch, was den Erzeugern vom Wert der Lebensmittel, Kleidung und anderen Produkten bleibt... Um dieses 1:99 System zu Fall zu bringen, brauchen wir einen Fairen Handel“ (S. 11).

Viele Solidaritäts- und Partnerschaftsgruppen zu Peru sind im Bereich des Fairen Handels engagiert. Deshalb ist eine Besprechung auf InfoPeru gut angesiedelt.

Das Buch ist ein echtes Handbuch (quasi ein Lexikon) des Fairen Konsums mit 423 Seiten. Das ist das Plus und auch gleichzeitig eine Herausforderung für die Leser*innen. Ich habe aus der Vielzahl der aufgeführten Beispiele und Themen einige herausgegriffen.

Gut und klar werden z.B. die Fairtrade-Siegel und ihre Unterschiede beschrieben. Gut sind auch die „weichen Kriterien“ wie z.B. Rainforest Alliance Certified beschrieben, die sogar Mc Donald´s oder Chiquita-Bananen bekommen. Klar benannt werden auch Produkte der angeblich fairen Firmenstandards (CSR), die nichts taugen, wenn sie nicht wirklich unabhängig kontrolliert werden. Interessant: Zum engeren Bereich des Fairen Handels wird gut verständlich dargestellt, wie entschieden wird und wer über die Prämien entscheidet, die an die Produzent*innen Fairer Produkte bezahlt werden, wie auch der Aspekt: Stärkere Wertschöpfung im Erzeugerland forcieren. (S. 100 ff.)

Ans Eingemachte des Fairen Handels gehen die Autor*innen auch beim Thema Kakao. Für die Kakaobauern (Genossenschaften), auch in Peru, ist es gut und wichtig, wenn sie ihren Kakao als „Bio und Fair“ verkaufen können. Das gibt bessere Preise. Aber es ist auch wichtig, genau hinzuschauen, an welchen „fairen Handel“ (comercio justo) geliefert wird. Eine Antwort gibt das Buch: Geht z.B. dieser Kakao an den echten Fairhandel – den mit dem blau-grünen Fairtrade-Siegel oder an ein Unternehmen mit dem neuen Siegel „Fairtrade Cocoa“? Im Buch wird deutlich gemacht, dass das nicht nur ein Wortspiel ist, sondern knallhartes finanzielles Kalkül. Das Fairtrade-Cocoa-Siegel darf auch verwendet werden, wenn der Kakao-Anteil ihrer Schokolade nicht 100% fair ist oder die Zutaten, z.B. bei Schokokeksen der Zucker, „unfair“ ist.

So intensiv wie dieses Beispiel werden viele Bereiche aufgearbeitet.

Beim Produkt Ananas wäre ein Hinweis auch auf den hohen Gifteinsatz bei Billig-Ananas wichtig gewesen.

Faires Gold?

Zum Produkt „Gold“: Hier kommen meiner Meinung nach die aufgezeigten Fair-Gold-Alternativen (Transfair-Gold) und Fairmined zu positiv weg. Wir zeigten hierzu in der Kampagne Bergwerk Peru „Reichtum geht – Armut bleibt“ auf, dass dieses Gold nicht wirklich fair ist. Die Alternative beim Gold ist: Nicht kaufen oder Produkte aus Recycling-Gold kaufen.

Dass es inzwischen auch „faire Säрге“ aus Bambus gibt, war eine mir neue Information (S. 113)

Beim Lesen des Kapitels über Steine-Grabsteine erinnerte ich mich daran, wie viel Stress wir in München damit hatten, Grabsteine aus ausbeuterischer Kinderarbeit (spez. aus Indien) aus städtischen Friedhöfen zu verbannen. Das funktioniert bis heute in München nicht wirklich. Die aufgezeigten Siegel taugen nicht alle. Deshalb ist es wohl besser, Steine aus regionalen Steinbrüchen (Granit) zu kaufen.

Zum Bereich Palmöl (S. 235 f.) wird im Buch gut dargestellt, welche Vorbehalte seriöse Organisationen gegen das „Siegel“ für „nachhaltiges Palmöl“ (RSPO) haben. Das Problem für uns Verbraucher*innen ist, dass „fast überall“ dieses billig produzierbare Öl drin ist und wirklich faires Palmöl kaum auf dem Markt zu finden ist.

Gründlich und verständlich wird auch der gesamte Produktionsbereich Kleidung dargestellt (S. 275ff) und beim Thema Tourismus heißt es auch richtig: Vermeiden ist besser als Kompensieren (S. 342). Auch die Bereiche wie „Faire Elektronik“ oder „Faire Geldanlagen“ werden gut behandelt.

Gefreut hätte es mich, wenn wir als Informationsstelle Peru e.V. als Organisation im Register genannt worden wären, weil wir zu diversen Produkten im Zusammenhang mit „unfairem“ bzw. auch „fairem“ Einkauf einiges veröffentlicht haben.

Insgesamt ein faktenreiches Handbuch mit gut verständlichen Informationen und Anregungen.

Martina Hahn, Frank Herrmann: Fair einkaufen – aber wie? Das Handbuch für fairen Konsum, Brandes & Apsel Verlag, Frankfurt 2019 (6. erw., akt. u. überarb. Neuauflage), 432 Seiten, 32,90 €

Rezension: Heinz Schulze, Vorstand Informationsstelle Peru e.V.

12. „Aus der Komfort-Zone ausbrechen“

Das Vamos-Programm holt junge Peruaner*innen für einen einjährigen Freiwilligendienst nach Freiburg.

Junge Menschen, die für ein Jahr einen Freiwilligendienst im Ausland machen, das kennen wir oft nur von Menschen aus dem globalen Norden. Das VAMOS!-Programm hat sich zum Ziel gesetzt, das zu ändern, indem es Menschen aus dem globalen Süden die Möglichkeit bietet, einen einjährigen Freiwilligendienst in Deutschland zu absolvieren.

Zurzeit befinden sich zehn junge Peruaner*innen über das VAMOS!-Programm in Deutschland und machen dort vor allem in Südbaden ihren Freiwilligendienst. Sie bringen ein Jahr dort in verschiedenen sozialen und bildungspolitischen Einsatzstellen ihre Fähigkeiten ein, genauso wie sie andere Sicht- und Lebensweisen kennenlernen. Von ihren Erfahrungen, Erlebnissen und der individuellen Bedeutung des Freiwilligendienst haben die jungen Peruaner*innen, die ihren Freiwilligendienst von August 2018 bis August 2019 absolviert haben, in einem Interview berichtet.

Ängste überwinden

Schon alleine sich für einen Freiwilligendienst zu entscheiden, den man tausende Kilometer von der Heimat, der Familie, allem Vertrauten, macht, erfordert Mut. Diese Entscheidung ist aber erst ein erster Schritt. So erzählt die junge Peruanerin Melissa, die während ihres Freiwilligendienstes in einer Schule mitarbeitete, dass sie die Fähigkeit, eigene Ängste zu überwinden für besonders wichtig in ihrem Jahr in Deutschland empfunden hat. So habe sie zum Beispiel lernen müssen, ihre Angst, vor Schüler*innen zu stehen, zu überwinden: „Ich hatte viel Angst, vor der Klasse zu stehen, v.a. bei Jugendlichen, die meine Anwesenheit manchmal nicht respektierten und es nicht respektierten, dass ich da war, um ihnen zu helfen. Aber ich stellte mich vor sie und machte, was ich machen musste und am Ende war ich ruhig und ich freute mich sehr, dass ich das geschafft habe.“

Ängste überwinden, das hat auch Abel, der einen Freiwilligendienst in einem Jugendzentrum machte, geschafft: „Ich hatte Angst, Dinge selbst in die Hand zu nehmen oder eigene Ideen in meiner Einsatzstelle einzubringen, weil ich Angst hatte zu scheitern.“ Diese anfänglichen Ängste überwand er aber, wie er erzählte, indem er sich selbst vor Augen führte, dass ihm dadurch viele neue Erfahrungen und Dinge, die Erfüllung bringen könnten, verloren gehen würden.

Auch Nuria, die in einer Kindertagesstätte mitarbeitete, erzählte von der Überwindung ihrer anfänglichen Ängste und fügte hinzu: „Aber ich konnte meine Ängste in Herausforderungen umwandeln.“

Wagen, Neues auszuprobieren und so Dinge schaffen, die man für unmöglich gehalten hat

Was sich ergeben kann, wenn man es schafft, seine Ängste zu überwinden und Neues zu wagen, auch davon erzählten die Freiwilligen.

Nuria: „Hier [in Deutschland] musste ich aus meiner Komfortzone ausbrechen, ich musste mich verändern, ich musste Risiken eingehen, ich musste [neue Dinge] verstehen (...). Ich musste Dinge tun, von denen ich dachte, dass ich sie nie machen werden. Ich habe davor nie daran gedacht, die Windeln von jemanden zu wechseln. Aber bei der Arbeit hat genau das mir erlaubt, mich den Kindern zu nähern.“

Abel erzählt, wie er durch die Notwendigkeit, Neues zu wagen, Dinge geschafft hat, die er sich vorher nicht vorstellen konnte: „Ich habe frustrierende Momente überwunden, Momente der Unsicherheit. Das war nicht einfach, aber ich merke, dass ich selbst vorangekommen bin.“

Die Dinge Schritt für Schritt angehen

Eine mögliche Strategie, mit den Schwierigkeiten und Ängsten, die während des Freiwilligendienstes auftauchen können, kann sein, nicht alles auf einmal schaffen zu wollen, sondern die Dinge Schritt für Schritt zu realisieren. Das erlebte die Freiwillige Yaxayra: „[Ich habe] Stück für Stück die Angst zu sprechen verloren, Stück für Stück neue Dinge ausprobiert. Am Anfang habe ich [in der Einsatzstelle] gelernt, zu kopieren, auszudrucken und zu laminieren. Danach haben sie [die Kolleg*innen] mir gesagt: gut, jetzt kannst du vielleicht einen kleinen Workshop oder ein kleines Spiel mit den Kindern machen.“ Der Freiwillige Marco Esthib hat ebenfalls die Erfahrung gemacht, dass diese Strategie funktionieren kann: „Ich war bei meiner Arbeit in der Küche und eines Tages sagte mir mein Chef: Vielleicht kannst du jetzt alleine bleiben und es selbst machen. Und eigentlich wusste ich gar nicht, wie ich das schaffen sollte, aber ich sagte: In Ordnung, ich werde es machen. Nach eineinhalb Monaten wurde mir die Küche dann alleine zugeteilt.“

Diese Erfahrungen zeigen, wie die Freiwilligen mit den Herausforderungen, die ein Freiwilligendienst mit sich bringen kann, umgegangen sind: statt sich von den Herausforderungen einschüchtern zu lassen, sind sie ihnen Stück für Stück begegnet und konnten es so schaffen, Neues zu wagen und daran zu wachsen.

Geduld haben mit sich selbst und den Dingen um sich herum

Dass die Dinge selbst dann nicht immer sofort funktionieren, wenn man sie Stück für Stück angeht, auch davon erzählten die Freiwilligen. Und dass man in solchen Situationen Geduld braucht, um Dinge zu lernen. Der junge Peruaner Luis erlebte das zum Beispiel bezüglich der Sprache: „Es war ein sehr langer Prozess [die Sprache] zu lernen und üben.“ Barbara erzählt uns, dass sie in fast allen Gebieten Geduld aufbringen musste. Vor allem merkte sie das jedoch bei ihrer Arbeit im Kindergarten: „Es wird wirklich eine andere Methodik verwendet und ich dachte zu Beginn, ich werde nur mit den Kindern spielen. Bis ich Stück für Stück lernte, dass jede Routine, die wir machen oder nicht machen, wichtig für die Kinder ist.“

Auch bis sie das System der öffentlichen Verkehrsmittel verstanden hat, habe sie Geduld gebracht „danach wurde ich aber dann Expertin darin.“

Ebenso berichteten die Freiwilligen, dass Geduld, Dinge die am Anfang des Jahres sehr kompliziert waren, in alltägliche Gegebenheiten verändern kann. So fiel es Yaxayra am Anfang wegen der Sprachbarriere schwer, sich an ihre Arbeitskolleg*innen mit Fragen zu wenden. Irgendwann ließ sie es aber nicht mehr zu, dass sie ihre Angst lähmte. „Meine Haltung hat sich sehr verändert – vorher war ich sehr ungeduldig mit mir selbst (...).“

Auch Angela machte in ihrer Einsatzstelle, einem Kindergarten, die Erfahrung, geduldiger mit sich selbst und den Dingen um sich herum zu sein. So fiel ihr es zu Beginn schwer, Spiele (vor allem Brettspiele) mit den Kindern zu spielen, die sie nicht kannte, da sie zuerst die Anleitung verstehen und dann diese noch in der fremden Sprache den Kindern erklären musste. „Es war sehr kompliziert und es vergingen Wochen bis sie [die Kinder] sagten: lass uns das spielen und ich sagte: ah ok, ich weiß, wie es funktioniert.“

Veränderungen zulassen

Einen Freiwilligendienst zu machen, das bedeutet auch, Dingen, die einem fremd sind, gegenüber offen zu sein und sich auf Veränderungen seiner bisherigen Sichtweise einzulassen. Diese Erfahrung teilte Briam im Interview. Er habe sich während des Jahres darauf einlassen müssen, viele ihm unbekannte Themen kennenzulernen und zu verstehen. Dazu gehörten Themen wie Identität, Geschlechterdiversität und Toleranz

gegenüber Menschen, mit ganz anderen Sichtweisen. Ebenso waren der Geräuschpegel sowie die Methodik im Kindergarten, Dinge, an die er sich erst gewöhnen musste. Für ihn war es aber wichtig, sich ein Stück weit an andere Lebensweisen und das andere System anzupassen: „Hier [in Deutschland] funktioniert das System und du kannst keine Dinge ändern, die schon viele Jahre so bestehen.“

Aus Fehlern lernen

Das nicht immer alles so läuft, wie man es sich wünschen würde, auch das gehört zu den Erkenntnissen, die die Freiwilligen aus ihrem Jahr mitnehmen. Vor allem aber, dass man aus den Fehlern, die jeder Mensch macht, auch einen Nutzen ziehen und daraus lernen kann.

So berichtete die Freiwillige Aida, dass sie die Erfahrung gemacht hat, dass wir uns manchmal selbst eine Idee von einer Sache schaffen, die aber nur unseren eigenen Vorstellungen entspricht und nicht unbedingt deckungsgleich mit den Ideen unseres Gegenüber sind. Das könne zu Missverständnissen führen und dazu, dass man Fehler mache. „Ich habe akzeptiert, dass ich Fehler habe, in denen ich mich verändern muss und diese Erkenntnis hat mich als Person wachsen lassen.“

Gute und schwierige Situationen als Teil der Erfahrung auffassen

„Ein Freiwilligendienst kann bedeuten, dass du lachst und weinst, die Zeit aber trotzdem genießen kannst“. Dieser Satz stammt von Angela. Im Interview erzählte sie genauer, was sie damit meint und welche Bedeutung er für ihren Freiwilligendienst hatte. „Nichts lief so, wie ich es mir vorgestellt habe. Nichts, absolut nichts (...). Das war schwierig für mich, aber ich glaube, dass ich aus jedem Weinen und von jedem Lachen viel gelernt habe (...). Es ist wichtig für mich, den nächsten Freiwilligen zu sagen, dass ich nicht sagen kann, dass sie das Jahr genial verbringen werden. Denn ich habe mich alleine gefühlt, ich habe mich schlecht gefühlt – manchmal habe ich gute Momente erlebt, manchmal nicht. Aber ich glaube, dass mir Lachen und Weinen gut taten und jetzt bin ich, wer ich bin und ich merke, dass ich sehr an mir selbst gewachsen bin.“ Und sie fügte hinzu: „Wenn mir nicht all das passiert wäre, wäre ich nicht so gewachsen, ich hätte nicht so viel gelernt.“

Der Freiwilligendienst als individuelle Erfahrung

Was in dem Interview auffiel, ist die Tatsache, dass jede*r Freiwillige ganz unterschiedliche Blickwinkel und Sichtweise auf ihren Freiwilligendienst teilte. Sie lebten unterschiedlich, waren in unterschiedlichen Einsatzstellen, lernten unterschiedliche Menschen kennen. So erzählte Nuria: „In meiner Zusammenfassung von diesem Jahr finden sich vor allem Namen, weil ich [verschiedene] Personen kennengelernt habe.“

Die zehn jungen Menschen haben anderen Menschen viele neue Sichtweisen auf die Dinge ermöglicht, genauso wie sie von Sichtweisen anderer Menschen lernen konnten. Vor allem machten sie aber durch ihre eigenen Persönlichkeiten den Freiwilligendienst zu einer individuellen Erfahrung – zu ihrem Freiwilligendienst, ihrem Jahr in Deutschland.

Svea Knebel

13. Bewerbungsschluss 7. Februar: weltwärts-Freiwilligendienst

Montag, 16. Dezember 2019 **bis zum Freitag, 7. Februar 2020**

Ausschreibung des Peru-weltwärts Freiwilligendienstes für den nächsten Durchgang 2020-2021. Bewerbungen sind nur über das Onlineformular möglich.

Die aktuell zu besetzenden Einsatzplätze sind auf unserer Webseite einzusehen: www.welthaus.de/weltwaerts/einsatzplaetze/peru.

Samstag, 29. Februar 2020

im Welthaus Bielefeld nehmen die geeigneten BewerberInnen an den Peru-Auswahltagen teil

14. VERANSTALTUNGEN

- **Berlin, 6. Februar 2020**

Parlamentswahlen in Peru – Chancen für einen Neuanfang?

Do, 06.02.2020, 19:00 Uhr

Podium mit César Bazán Seminario und Andreas Baumgart

Moderation: Mechthild Ebeling

Einlass 18:30 Uhr bis 19 Uhr. Eintritt frei, Bitte anmeldung@lateinamerikaforum-berlin.de

Ort: Bismarckstr. 101, 5. Etage bei SEKIS, 10625 Berlin, Eingang Weimarer Str.!

Verkehr: U2 Deutsche Oper

Gemeinschaftsveranstaltung der Berliner Gruppe der Informationsstelle Peru und des Lateinamerika-Forums Berlin

Veranstaltung in deutscher Sprache, bei Bedarf wird eine Flüsterübersetzung angeboten

Sie können den Newsletter bestellen über die Website der

Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an

newsletter@infostelle-peru.de

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, von Caritas international, und der Erzdiözese Freiburg .

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor, Caritas international und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.

